

(B)

**Präsident Wolfgang Thierse:**

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 3 a und 3 b sowie den Zusatzpunkt 3 auf:

3 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Merz, Dr. Michael Meister, Dietrich

Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

**Für eine stabile Wirtschafts- und Währungsunion – Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht ändern**

– Drucksache 15/3719 –

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Haushaltsausschuss

b) Erste Beratung des von den Abgeordneten Ernst Burgbacher, Rainer Funke, Otto Fricke, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Aufnahme von Stabilitätskriterien in das Grundgesetz)**

– Drucksache 15/3721 –

Überweisungsvorschlag:  
Rechtsausschuss (f)  
Auswärtiger Ausschuss  
Innenausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Haushaltsausschuss

ZP 3 Beratung des Antrags der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Stabilitäts- und Wachstumspolitik fortsetzen – Den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt stärken**

(D)

– Drucksache 15/3957 –

Überweisungsvorschlag:  
Finanzausschuss (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache eineinhalb Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Friedrich Merz, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Walter Schöler [SPD]: Testament?)

**Friedrich Merz (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 2. Dezember 1992 hat der Deutsche Bundestag einen Entschließungsantrag zur **Wirtschafts- und Währungsunion** und zum Vertrag über die Europäische Union angenommen. In diesem Entschließungsantrag heißt es unter anderem:

Der Deutsche Bundestag nimmt die Besorgnisse in der Bevölkerung über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung ernst. Es muss daher alles getan werden, damit sich diese Sorgen als gegenstandslos erweisen. Die Stabilität der Währung muss unter allen Umständen gewährleistet sein.

**Friedrich Merz**

- (A) Etwas weiter heißt es in diesem Entschließungsantrag:

Der Deutsche Bundestag wird sich jedem Versuch widersetzen, die Stabilitätskriterien aufzuweichen, die in Maastricht vereinbart worden sind.

Einen gleich lautenden Entschließungsantrag hat wenige Tage später der Bundesrat angenommen.

Was ich Ihnen hier gerade auszugsweise vorgetragen habe, meine Damen und Herren, ist die Geschäftsgrundlage der Bundesrepublik Deutschland für den Beitritt zur Währungsunion im Rahmen der Europäischen Union gewesen. Heute gibt es Anlass, an diese Geschäftsgrundlage zu erinnern. Wir haben dem Deutschen Bundestag einen Antrag vorgelegt, der diese Geschäftsgrundlage noch einmal bekräftigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt bedauerlicherweise einen sehr akuten Grund und Anlass, dies zu tun und erneut über die Geschäftsgrundlage des Beitritts der Bundesrepublik Deutschland zur Wirtschafts- und Währungsunion zu sprechen.

Wenn im Deutschen Bundestag über ein solches Thema in der Kernzeit diskutiert wird

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Extra für Sie, Herr Merz!)

- und die Regierungsbank so besetzt ist – außer dem Bundesumweltminister hält es nicht ein einziger Bundesminister für richtig, an dieser Debatte teilzunehmen; der Bundesumweltminister ist nur noch da, weil er nicht mitbekommen hat, dass sich hier mittlerweile das Thema geändert hat –
- (B)

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wo ist da ein Bundesminister? Ich sehe keinen Bundesminister! – Dr. Andreas Pinkwart (FDP): Die haben alle ein schlechtes Gewissen! – Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen war die erste Reihe leer! Jetzt wollen wir mal nicht so tun! – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist eigentlich Frau Merkel? Wo ist Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher?)

dann lässt das auch Rückschlüsse auf die Ernsthaftigkeit zu, mit der die Bundesregierung dieses Thema behandelt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben vor ziemlich genau einem Jahr im Parlament und in den Parlamentsausschüssen eine hochstreitige Diskussion über die Entscheidung der EU-Kommission geführt, das Defizitverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland fortzusetzen. Damals hat uns der Bundesfinanzminister im Plenum und in einer gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses, des Haushaltsausschusses und des Europaausschusses erklärt, die Haltung der Bundesregierung sei rechtlich in Ordnung, die Kommission befinde sich sozusagen im Rechtsirrtum über die Anwendung der Regeln, im Rat der Finanzminister sei ein Votum der EU-Kommission überstimmt worden. Wenige Wo-

chen später hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Kommission damals Recht gehabt hat, dass sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten ins Unrecht gesetzt hat und dass massiv gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen worden ist. (C)

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Leider wahr!)

Dieser Verstoß hält bis heute an, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie verstoßen damit nicht gegen irgendeine Regel der Europäischen Union, sondern Sie verstoßen damit gegen die zentrale Rechtsordnung, die sich die Europäische Union auf dem Weg in die politische Union und mit der Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hat. Sie höhlen nicht nur das Fundament unserer gemeinsamen Währung aus, Sie höhlen auch das Vertrauen der Menschen in die Zukunft der gemeinsamen europäischen Währung aus, ja, Sie zerstören es.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Was hier stattfindet, ist in seinen Konsequenzen verheerend. Was **Deutschland** und **Frankreich** im letzten Jahr begonnen haben, setzt sich in einer ganzen Reihe von weiteren Mitgliedstaaten der Europäischen Union fort. Es überträgt sich mittlerweile auch auf einige Staaten, die der Europäischen Union erst am 1. Mai 2004 beigetreten sind. Schon heute ist absehbar, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union so ausgehöhlt wird, dass so beständig gegen Geist und Buchstaben dieses Vertrages verstoßen wird, dass er wahrscheinlich auf Dauer in einer größer werdenden Europäischen Union und in einer größer werdenden Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion keinen Bestand mehr haben wird. Was Deutschland hier anrichtet, ist das glatte Gegenteil von dem, was wir in diesem Parlament den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes einstimmig versprochen haben, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Gestern hat in Luxemburg der Finanzministerrat getagt. Bei dieser Gelegenheit ist das Verhalten Griechenlands zu Recht kritisiert worden: Griechenland hat seinen Beitritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion offenkundig mit gefälschten Zahlen ermöglicht.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sozialistische Regierung!)

Aber wie reagiert der Rat und wie reagiert Deutschland? Die Kommission ist darum bemüht, aufzuklären, was war. Dazu braucht die Kommission Zugang zu den Daten. Der Bundesfinanzminister selbst sagt sehr öffentlichkeitswirksam: Das muss jetzt mit aller Konsequenz von der Kommission aufgeklärt werden. – Im selben Atemzug enthalten die Bundesrepublik Deutschland und mit ihr eine Reihe von anderen Mitgliedsländern der Europäischen Kommission das Instrumentarium vor, das zur Aufklärung dieses Sachverhaltes notwendig ist. Die Kommission braucht Zugang zu den Daten. Wenn die Bundesrepublik Deutschland diesen Zugang verweigert,

Friedrich Merz

- (A) dann macht sie sich erneut eines schweren Vergehens gegen Geist und Buchstaben des Vertrages über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das, was Sie, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank und in der Koalition, hier machen, ist nicht eine aus der Not des Augenblicks geborene, kurzfristige Entscheidung gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt, sondern eine systematische Aushöhlung einer Rechtsgrundlage, die Sie in Wahrheit nie gewollt haben. Denn die Diskussionen über die Unabhängigkeit der Zentralbanken, die Diskussion über die Unabhängigkeit der **Europäischen Zentralbank** haben in der SPD, bei den Grünen und auch bei den Gewerkschaften bis heute in Wahrheit nicht aufgehört.

Sie können das wie einen roten Faden durch die letzten Jahre verfolgen. Sie verstoßen in diesem Jahr zum dritten Mal hintereinander bewusst gegen den Stabilitätspakt. Sie werden im nächsten Jahr erneut, zum vierten Mal, bewusst gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen. Das sind doch keine Kassandrarufer der Opposition. Hier sitzt die Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, eine Kollegin aus der Fraktion der Grünen. Sie hat in dieser Woche in einem öffentlichen Interview erneut gesagt: Jawohl, wir werden wahrscheinlich im nächsten Jahr wieder gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen. – Zum vierten Mal hintereinander verstoßen Sie gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Zum dritten Mal hintereinander legen Sie uns in diesem Jahr einen Nachtragshaushalt vor, obwohl Sie schon zu Beginn des Haushaltsjahres gewusst haben, dass keine Zahl, die Sie dem Parlament hier vorgelegt haben, stimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das lässt Rückschlüsse auf Ihr Denken zu, und zwar nicht nur auf Ihr Denken in der Finanzpolitik und in der Haushaltspolitik, sondern auch auf Ihr Denken in Bezug auf die Verantwortung der Institutionen füreinander. Sie beseitigen die Rechtsgrundlagen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes und Sie höhlen das Budgetrecht des Parlaments systematisch aus. Das, was hier geschieht, hat Langfristfolgen, die wir heute noch gar nicht wirklich abschätzen können. Es wird – auch für das Rechtsbewusstsein der Bevölkerung insgesamt – verheerende Folgen haben.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Das ist leider wahr!)

Sagen Sie bitte nicht, das sei nun wiederum nur Oppositionsrhetorik! Sie, die Kommission und einige Finanzminister der Europäischen Union stoßen mit dem Wunsch, einen Teil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union zu ändern, auf den erbitterten Widerstand der gesamten Fachöffentlichkeit. Die Europäische Zentralbank hat sich unmittelbar nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über die Vertragsverletzung klar und deutlich gegen eine Änderung des EG-Vertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geäußert. Die **Deutsche Bundesbank** hat

vor wenigen Wochen, am 7. September, klar und deutlich zu Protokoll gegeben: (C)

Der Stabilitätspakt hat kein Ausgestaltungs-, sondern ein Umsetzungsproblem.

Die Reformvorschläge machten das bestehende Regelwerk komplizierter und unübersichtlicher. Der Anreiz zu einer soliden Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten der Währungsunion werde verringert und es werde ein falsches Signal an die Länder gegeben, in denen die Währungsunion bisher noch nicht eingeführt worden sei. – Das sagt die Bundesbank. Sie hat die originäre Zuständigkeit, die Währungspolitik zu begleiten und die Grundlagen für eine stabile Währung zu schaffen.

Was fällt diesem Bundesfinanzminister ein, in einer Presseerklärung, also öffentlich und nicht irgendwie zufällig, der Bundesbank dringend zu empfehlen, sich zurückzuhalten? Was ist das eigentlich für eine Haltung gegenüber einer der wichtigsten Institutionen im gesamten Gefüge der Währungs- und Finanzpolitik, gegenüber einer Institution, die immer noch mit die höchste Achtung in der gesamten Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bevölkerung genießt? Was ist das für ein Politikverständnis, das da zum Ausdruck kommt?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ob von den Wirtschaftsforschungsinstituten oder vom Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds – wohin Sie auch hören, von allen Seiten wird dem Versuch, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aufzuweichen, eine klare Absage erteilt. Wir legen Ihnen heute einen Entschließungsantrag vor, die Geschäftsgrundlage – ich habe es bereits gesagt –, die der Deutsche Bundestag sich selbst und damit unserem Land gegeben hat, noch einmal zu bekräftigen. Es darf an den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nichts geändert werden. Es darf vor allen Dingen nichts geändert werden, was dazu führen könnte, dass das Vertrauen der Menschen in unsere gemeinsame Währung, den Euro, weiter erschüttert wird. (D)

Meine Damen und Herren, spätestens der nachfolgende Redner wird die Frage stellen, was denn angesichts der sich ständig weiter verschlechternden Lage der öffentlichen Haushalte die Alternative zu einer sich ständig weiter erhöhenden Verschuldung ist. Ich will Ihnen dazu einen kurzen Satz aus dem **Herbstgutachten** der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vortragen, das sich ausführlich mit der Finanzpolitik beschäftigt. Der Kernsatz lautet:

Die Finanzpolitik lässt nach wie vor ein klares Konzept vermissen, mit dem das Wachstum gestärkt werden kann.

Wenig später heißt es:

Zudem gehen die ohnehin bescheidenen Schritte zur Konsolidierung des Staatshaushalts wieder einmal zulasten der öffentlichen Investitionen und damit jenes Teils der Staatsausgaben, von dem am ehesten positive Wirkungen auf das Wachstum ausgehen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer)

**Friedrich Merz**

- (A) Das heißt, das, was Sie tun, stellt eine Korrektur über die Einnahmenseite dar. Sie versuchen, mit Steuererhöhungen den Staatshaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Korrekturen auf der Ausgabenseite finden überwiegend an der falschen Stelle, nämlich bei den investiven Ausgaben der öffentlichen Hand statt. Meine Damen und Herren, dazu gibt es eine Alternative. Die Alternative lautet: eine wirklich vorurteilsfreie Überprüfung der konsumtiven Ausgaben, einschließlich aller Subventionen der sozialen Sicherungssysteme.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig! – Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kopfpauschale!)

Es kann nicht gut gehen – das ist jetzt keine Cassandra-Opposition; Sie brauchen nur das nachzulesen, was Herr Professor Sinn heute in einem umfassenden Beitrag in der Zeitung „Die Welt“ veröffentlicht hat –, wenn wir aus dem laufenden Etat des Bundes jedes Jahr einen Zuschuss von im Augenblick rund 80 Milliarden Euro an die **Rentenversicherungen** überweisen.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was schlagen Sie denn mit der Kopfpauschale vor, Herr Merz? 40 Milliarden aus dem Staatshaushalt!)

Es geht nicht gut, wenn Sie nur Lasten verschieben: aus den sozialen Sicherungssystemen in den Staatshaushalt. Hier müssen ganz grundlegende Reformen durchgeführt werden. Ich gestehe zu, Sie haben im Bereich der Rentenpolitik etwas gemacht – allerdings sehr spät und nur als Korrektur einer Regelung, die Sie lediglich hätten beibehalten müssen. Mit der Aussetzung des demographischen Faktors, den Sie ja später wieder eingeführt haben, haben Sie einen schweren politischen Fehler begangen. Das wäre vermeidbar gewesen.

- (B) Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie schon zehnmal gesagt! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Trotzdem richtig!)

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie schon zehnmal gesagt! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Trotzdem richtig!)

Wir müssen jetzt auch eine grundlegende Kurskorrektur bei den **Krankenversicherungen** einleiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dass das schwer ist, brauchen Sie uns nicht zu sagen. Wenn aber dieses System nicht demographiefest gemacht wird, dann werden alle Anstrengungen, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, zum Scheitern verurteilt sein.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sollten Sie einmal Herrn Meister sagen, der Steuererhöhungen vorschlägt!)

Wir, meine Damen und Herren, können hier lange über strittige Fragen wie die **Eigenheimzulage** und anderes diskutieren. Ich vermute, auch dieses wird hier heute noch einmal eine Rolle spielen. Selbst wenn wir die Eigenheimzulage sofort komplett streichen würden, würden wir damit im ganzen Jahr 2005 nur so viel sparen, wie der Bundesfinanzminister jede Woche an neuen

- (C) Schulden macht. Hören Sie also auf, hier mit irgendwelchen Formulierungen einen Popanz aufzubauen, die uns nicht weiterhelfen, sondern im Gegenteil von dem ablenken, was wirklich notwendig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Deutschland eine ganz grundlegende Neuausrichtung der Politik auf Wachstum und Beschäftigung. Die Lösung der Budgetprobleme in Deutschland ist ausschließlich durch eine Konsolidierung der Ausgabenseite des Haushaltes und durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik möglich.

Wir beklagen uns alle völlig zu Recht darüber, dass gegenwärtig mit Opel und Karstadt zwei wichtige Unternehmen in der Krise stecken. Wir übersehen dabei, dass seit Jahren Woche für Woche dasselbe wie bei Karstadt und Opel passiert, nur ist das nicht so spektakulär, weil es sich nicht um solche bedeutenden Markennamen handelt. In Deutschland gehen seit geraumer Zeit, seit mehreren Jahren, jede Woche 10 000 Beschäftigungsverhältnisse verloren. Im Jahr macht das eine halbe Million aus.

Wenn Sie Ihre Wirtschaftspolitik nicht korrigieren, wenn Sie Ihre Arbeitsmarktpolitik nicht darauf ausrichten, dass die Beschäftigung in Deutschland steigt, und endlich Konkurse und Abwanderung stoppen, dann werden wir die Budgetprobleme nicht lösen können.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: So ist es!)

- (D) Dann werden Sie alle, die Sie jetzt hier sitzen, wenn Sie eines Tages von der politischen Bühne abtreten – und das wird geschehen –, sich zum Abschluss Ihrer Regierungstätigkeit den schlimmsten Vorwurf machen lassen müssen, den man in einer Demokratie gegenüber einer Regierung erheben kann, nämlich auf Kosten nachfolgender Generationen gearbeitet zu haben.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Joachim Poß.

**Joachim Poß (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eines scheint mir nahezu sicher zu sein, Herr Merz: 2006 werden wir nicht gehen. Ich glaube, dass die Menschen das inzwischen spüren und dass die Entwicklung in den Umfragen das auch widerspiegelt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Abwarten!)

In den Umfragen spiegelt sich wider, dass es Ihnen überhaupt nicht gelingt, eine widerspruchsfreie Politik zu formulieren, weder in der Gesundheitspolitik noch in der Steuerpolitik noch in der Finanzpolitik. Sie sind voller Widersprüche.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Joachim Poß

- (A) Herr Merz, Ihr Beitrag hier war wieder ein Beleg dafür, dass man von rednerischen Fähigkeiten nicht unbedingt auf logische oder politische Fähigkeiten rückschließen kann.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Der **Europäische Gerichtshof** hat sich – anders, als Sie hier suggeriert haben – gar nicht zur Sache geäußert, sondern zum Verfahren. Wenn Sie an die ersten Entschlüsse Anfang der 90er-Jahre erinnern, wo es in unserer Debatte um Währungsstabilität ging – vollkommen richtig –, dann müssen Sie doch auch dazusagen, dass wir trotz dreijähriger Stagnation in den entwickelten europäischen Staaten eine absolute Stabilität des Euro hatten. Das ist doch wohl unbestritten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wovon reden Sie eigentlich, wenn Sie den Eindruck erwecken, man müsse verhindern, dass der Euro geschwächt wird?

Sie haben als Zeugen für Ihre Position die Europäische Zentralbank und die Bundesbank zitiert. Ja, erwarten Sie denn, dass die Erfinder des Stabilitäts- und Wachstumspaktes diesen selbst infrage stellen? Das ist doch wohl überhaupt nicht zu erwarten.

Lassen Sie uns über die Alternativen reden. Ihre Alternative ist, dass wir Kürzungen vornehmen sollen; das sagt ja auch die Mehrheit der Institute. Aber welche Konsequenzen hätte es denn, wenn wir mit Kürzungen von 10 oder 12 Milliarden Euro hineingingen?

- (B) (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Wir können ja mal mit 1 Million Euro anfangen!)

Eine solche Maßnahme würde sich sofort bei den **Investitionen** auswirken. Das heißt, wir würden in einen wirtschaftlichen Aufschwung, der nicht ohne weltwirtschaftliche Risiken ist, hineinsparen. Das kann doch ökonomisch keinen Sinn machen, was Sie da vorschlagen, Herr Merz und meine Damen und Herren von der Union!

(Beifall bei der SPD – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Abenteuerlich! Sie haben das Sparen aufgegeben!)

Der Antrag der Union lässt deutlich erkennen, dass die Union weiterhin einer rein mechanistischen Auslegung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes das Wort redet und in der Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik weiterhin von einem simplen ökonomischen Weltbild ausgeht.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Und Sie produzieren Chaos!)

Die Union und hier an erster Stelle Herr Merz ignorieren wesentliche ökonomische Zusammenhänge.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Mit einer drei Jahre andauernden Stagnation bzw. Wachstumsschwäche in nahezu allen EU-Mitgliedstaaten, die erst jetzt zu Ende geht, haben wir keine schlichte

Abfolge von Aufschwung und Abschwung im **Konjunkturzyklus** mehr, wie es vielleicht in den Lehrbüchern steht. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Wir müssen realitätstaugliche Konzepte entwickeln, statt sozusagen abgehobene Betrachtungen anzustellen, wie Sie das hier getan haben.

In den entwickelten europäischen Ökonomien folgt auf einen Abschwung offensichtlich nicht mehr in absehbarer Zeit ein entsprechender konjunktureller Aufschwung. Die über Jahre andauernde Stagnation hat zu folgenschweren nachhaltigen Absenkungen des Beschäftigungsniveaus und des Niveaus der staatlichen Steuereinnahmen gegenüber dem erwarteten Niveau geführt. Hier – und nicht in mangelnder Sparsamkeit oder öffentlicher Verschwendung – liegt zumindest in Deutschland die Ursache für das stark angestiegene Staatsdefizit.

Darauf wollen die Union und leider auch ein Teil der Wirtschaftswissenschaftler mechanistisch mit rigiden und kurzfristigen Konsolidierungsaufträgen reagieren. Dadurch würden aber die nach wie vor bestehenden Risiken für die Wirtschaftsentwicklung verstärkt. Sie wollen die Wirtschaft wieder in einen Abschwung hineinsparen. Das machen wir nicht mit!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Er hat den Bericht der Sachverständigen nicht gelesen!)

Sie wollen dadurch die Möglichkeiten einer nachhaltigen, aktiven **Wachstumspolitik** verringern. Aber auf eine aktive Wachstumspolitik, die auf Bildung und Innovation setzt, kommt es jetzt an. Ich nenne deswegen Ihre Position schlichtweg ökonomisch hilflos und unsinnig. Die wirtschafts- und finanzpolitisch Verantwortlichen der Union sind heute offensichtlich immer noch nicht weiter als der ehemalige CSU-Bundesfinanzminister Theodor Waigel, der seine ökonomischen Vorstellungen mit seinem schon in den 90er-Jahren sehr fragwürdigen und kritikwürdigen Statement „3,0 Prozent sind 3,0 Prozent“ dokumentiert hatte.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Er konnte noch rechnen!)

Aber statt juristisch formaler Aussagen – was Sie hier vorgetragen haben, war Ihre juristische Interpretation dieser Aussagen, Herr Merz – ist eine ökonomisch sinnvolle Auslegung des Stabilitätspaktes die richtige ökonomische Antwort. Sie haben hier Juristerei gemacht. Wir machen dagegen das – das ist die Alternative –, was für die deutsche Volkswirtschaft, für die Arbeitsplätze in Deutschland und für die Stabilisierung des Aufschwunges notwendig ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU)

Der **EU-Währungskommissar Almunia** weiß das. Er hat deshalb am 3. September dieses Jahres Vorschläge zu einer Auslegung bzw. Anwendung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes gemacht – ich möchte unterstreichen: Wachstumspaktes –, die angemessener

Joachim Poß

- (A) auf die Situation anhaltender Wachstumsschwäche reagieren. So ist es unter anderem notwendig, stellt Herr Almunia fest, stärker als bisher der jeweiligen wirtschaftlichen Situation und Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten Beachtung zu schenken. Die Vorschläge Almunias sind eine gute Grundlage für die entsprechenden Beratungen im Europäischen Rat der Wirtschafts- und Finanzminister.

Sie können doch hier nicht das Fehlen von Herrn Eichel beklagen, wenn er heute in Luxemburg deutsche Interessen im Ecofin vertritt, Herr Merz. Das geht nicht. Herr Eichel ist entschuldigt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Ihre Vorstellungen zum Stabilitätspakt, meine Damen und Herren von der Union, sind dagegen kein gangbarer Weg.

Die von Ihnen für sich in Anspruch genommene Regierungsfähigkeit würde vielmehr voraussetzen, auf die bestehenden Probleme und Erfordernisse mit realitätstauglichen und widerspruchsfreien Politikkonzepten zu reagieren. Bei Ihnen ist das Gegenteil der Fall. Das ist – neben persönlichen Gründen – auch der tiefere Grund für Ihren Rückzug aus Ihren Partei- und Fraktionsämtern, Herr Merz. Das wissen Sie.

Schon mindestens seit dem Bundesparteitag der CDU in Leipzig im letzten Dezember war den Verantwortlichen und den einigermaßen Sachkundigen in der Union klar, dass das **Kopfpauschalenmodell** von Frau Merkel die von Herrn Merz in seinem Steuerreformkonzept versprochenen Steuersenkungen prinzipiell nicht zulässt. Es war schon damals klar, dass das Kopfpauschalenmodell von Frau Merkel im Gegenteil sogar Steuererhöhungen für den so genannten Sozialausgleich zur Folge haben würde.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Es kann doch einmal genannt werden!)

Sie, Herr Merz, haben zusammen mit Frau Merkel Ihren eigenen Parteitag getäuscht. So gehen Sie mit Ihrer Basis um. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/  
CSU]: Thema verfehlt! Setzen! Sechs!)

Sie sollten sich einmal anschauen, wie die Wirtschaftsverbände, insbesondere die der mittelständischen Wirtschaft, auf die verschiedenen Modelle zum Sozialausgleich – beispielsweise wurde ein entsprechender Soli vorgeschlagen – reagiert haben. Man muss dabei die Tatsache berücksichtigen, dass 85 Prozent der Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland Einkommensteuer als Unternehmensteuer zahlen. Das ist nur ein Beispiel für etliche Ungereimtheiten; man könnte noch weitere nennen. Frau Merkel hat mit Ihrer Zustimmung, Herr Merz, beide nicht miteinander zu vereinbarenden Konzepte – Kopfpauschale und Steuerreform – auf dem Leipziger Parteitag beschließen lassen.

Hinzu kommt die offensichtliche Unfinanzierbarkeit Ihrer **Steuervorschläge**. Das haben im Frühjahr die Finanzminister aller Länder unabhängig von der Parteizugehörigkeit festgestellt. 30 Milliarden Euro Steuerausfälle, die sich nach Ihren Vorschlägen ergeben würden, sind angesichts der Situation, in der sich die öffentliche Hand befindet, für Bund, Länder und Kommunen – es geht hier nicht nur um den Bund – überhaupt nicht zu verkraften. Ihre Vorschläge würden im Sinne des Maastricht-Defizitkriteriums für Deutschland eine Erhöhung um 1,5 Prozentpunkte bedeuten. Dabei sind Sie es doch, die immer Stabilität nach dem Motto „3 Prozent sind 3 Prozent“ einfordern. Wenn man Ihren Vorschlägen folgte, lägen wir im nächsten Jahr nicht bei 3,0 Prozent – diesen Wert wollen wir ja erreichen –, sondern würden bei 4,5 Prozent landen.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Das alles passt doch nicht zusammen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Dietrich Austermann [CDU/  
CSU]: Spaßmacher! Karneval fängt erst in einem Monat an!)

– Herr Austermann, nach all den Fehlprognosen, die Sie sich in den letzten Jahren auch in der Haushaltspolitik erlaubt haben,

(Lachen bei der CDU/CSU)

sollte man Ihren Äußerungen nicht mehr allzu viel Bedeutung zumessen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist ja wohl der Hammer!)

Steuererhöhungen oder ein massiver zusätzlicher Aufwuchs der Staatsverschuldung – das ist die Zukunftsperspektive der Union. Sie sind entgegen dem Bild, das Sie erzeugt haben, in Wahrheit eine Steuererhöhungspartei.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist ein Beitrag zum Rosenmontag!)

In der Tatsache, dass das Rechnen in Milliarden offenkundig nicht zu den Stärken von Frau Merkel und Herrn Merz zählt, sehe ich die tatsächliche Gefährdung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Sie sind die eigentliche Gefahr für den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU/CSU –  
Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wer regiert denn?)

Ihr Rücktritt, Herr Merz, ist eindeutig das Eingeständnis des Scheiterns der eigenen Steuer- und Finanzpolitik.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Für mich war dieser Rücktritt deshalb zwangsläufig. Gleichzeitig ist dieser Rücktritt – das macht seine eigentliche Bedeutung aus – die erste nennenswerte personelle Konsequenz aus der Tatsache, dass bei der Union

Joachim Poß

- (A) Steuerpolitik und Sozialpolitik nach wie vor überhaupt nicht konzeptionell zusammenpassen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Gucken Sie doch einmal auf die Tagesordnung! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Jetzt kommt zum Vorschein, dass Sie in Wahrheit eine Steuererhöhungspartei sind. Man braucht gar nicht das Wort des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber von den „Leichtmatrosen“ bemühen. Aber kompetent und regierungsfähig ist all das, was sich unter der Verantwortung der Partei- und Fraktionsvorsitzenden Angela Merkel abspielt, nicht.

Ihre Vorschläge führen im Übrigen – das hat Herr Seehofer vorgerechnet – zu Finanzrisiken von mehr als 100 Milliarden Euro. Wenn wir dann noch Ihren Beschluss zur Abschaffung der Gewerbesteuer hinzunehmen, dann sind wir bei gut 125 Milliarden Euro.

Eine Konsequenz all Ihrer Beschlüsse ist die Entwicklung Ihrer Umfrageergebnisse: Herr Merz und Frau Merkel sind und bleiben ein 125-Euro-Milliarden-Risiko.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Merz nicht mehr! Merz hat sich ja zurückgezogen!)

Das ist nicht gut für den Standort Deutschland und das ist nicht gut für den Stabilitäts- und Wachstumspakt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Andreas Pinkwart.

**Dr. Andreas Pinkwart (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern äußerte Kollege Wend von der SPD in einer Fernsehdiskussion, bezogen auf die großen Strukturprobleme unseres Landes, dass die beiden großen Volksparteien in den vergangenen 15 Jahren – so sagte er dort – offenbar unter einem Realitätsverlust gelitten hätten. Heute beraten wir hier unter anderem einen Antrag von den Koalitionsfraktionen und hören Äußerungen von Herrn Poß, die Bundesregierung habe auf die schwache wirtschaftliche Entwicklung mit der – ich zitiere die Bundesregierung – „Fortsetzung der Konsolidierung der Haushalte“ reagiert.

(Lachen des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP])

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir zum dritten Mal hintereinander Haushaltspläne vorgelegt bekommen – dies gilt auch für die Aufstellung des nächsten; es geschieht also zum vierten Mal –, die erkennbar verfassungswidrig sind, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie in diesem Jahr zum dritten Mal und nach Aussage des Herbstgutachtens auch im kommenden Jahr gegen die Kriterien von Maastricht verstoßen werden, kön-

nen jedenfalls wir nur feststellen: Sie leiden nach wie vor, und zwar verstärkt, unter einem Realitätsverlust. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dies ist aus meiner Sicht eine nicht mehr zu verantwortende Politik. Der Bundeskanzler hat unlängst in einer Regierungserklärung gesagt, er wolle eine Politik machen, die in großer Verantwortung gegenüber den Kindern und Enkelkindern, in **Verantwortung gegenüber der nächsten Generation** stehe. Als Mitglied dieses Hauses sage ich Ihnen: Ich fühle mich beschwert durch eine Bundesregierung, die in dieses Parlament Haushaltspläne einbringt, die bereits bei der Vorlage erkennbar Makulatur sind und nur von Tricksen, Tarnen und Täuschen leben. So können Sie mit dem Parlament und mit der deutschen Öffentlichkeit nicht weiter umgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Grünen, die im Finanz- und Haushaltsausschuss zum Teil in vielen Punkten Übereinstimmung mit Anträgen der Opposition gezeigt haben – ich erinnere an unseren Entwurf eines Subventionsabbaugesetzes vor der Sommerpause –,

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie mal etwas zum Subventionsabbau im Bundesrat!)

in der Sache also oft zustimmen, beteiligen sich durch ihr Abstimmungsverhalten nach wie vor an dem Marsch in den Schuldenstaat.

(Elke Ferner [SPD]: Was tun Sie denn im Bundesrat?) (D)

Sie haben sich von der Politik der Nachhaltigkeit längst verabschiedet und betreiben nur noch eine Politik der Kurzatmigkeit. Das ist Ihre Bilanz.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Quatsch! Ihre eigenen Länder betreiben die Destruktion!)

Herr Poß, beim Stabilitäts- und Wachstumspakt handelt es sich nicht um eine rechtliche Konstruktion. Es handelt sich um ein Versprechen der deutschen Politik an die Menschen in diesem Lande, die Erfolgsgeschichte der D-Mark – eine Erfolgsgeschichte, die in beiden Teilen Deutschlands als eine solche erlebt und wahrgenommen worden ist –,

(Joachim Poß [SPD]: Ist der Euro nicht stabil? Was wollen Sie denn damit sagen? Der Euro ist doch zu stabil!)

diese **Stabilitätskultur** auf den Euro zu übertragen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jetzt machen Sie zweierlei: Sie stellen erstens die Regeln infrage und zweitens –

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Spiller?

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) (Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Erst das Zweite, dann die Frage!)

**Dr. Andreas Pinkwart (FDP):**

Ich würde meine Ausführungen gerne zunächst zu Ende führen. Danach gestatte ich gerne die Zwischenfrage.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Sie haben noch zwei Minuten.

**Dr. Andreas Pinkwart (FDP):**

Zum einen stellen Sie die Regeln infrage. Sie wollen sie in Brüssel aufweichen.

Letzte Woche sind zwei Ökonomen mit dem **Nobelpreis** ausgezeichnet worden, die sich mit eben diesen Fragen beschäftigt haben, nämlich mit zeitlicher **Inkonsistenz von Politik**, mit den Folgen von Vertrauensbruch durch Politik für die Ökonomie. Die beiden Ökonomen, die in diesem Jahr den Nobelpreis bekommen, haben wissenschaftlich unterlegt nachgewiesen, dass ein derartiger Vertrauensbruch durch Politik nachhaltig zur Schädigung von Volkswirtschaften beiträgt.

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP])

Darüber hinaus haben sie in ihren wissenschaftlichen Arbeiten belegt: Wir brauchen nicht nur Regeln, die eingehalten werden, sondern wir brauchen auch **Institutionen**, die die Einhaltung der von der Politik vorgegebenen Regeln unabhängig überprüfen

- (B) (Dr. Wolfgang Gerhardt [FDP]: Sehr richtig!)

und damit zu deren Einhaltung beitragen können. Was aber machen Sie? Sie weichen nicht nur Kriterien auf, Sie stellen sie nicht nur infrage und zerstören dadurch Vertrauen, sondern Sie hebeln auch Institutionen wie die Kommission, die die Einhaltung der Defizitkriterien überprüfen soll, aus.

(Joachim Poß [SPD]: Unglaublich, was Sie sagen!)

Im Deutschen Bundestag geht der Finanzminister – wie jüngst geschehen – hin und kritisiert den Präsidenten der Deutschen Bundesbank dafür, dass er öffentliche Kritik an dem Verhalten der Bundesregierung geübt hat. Sie beschädigen nicht nur die Regeln, sondern auch die Institutionen. Die Folge ist ein nachhaltiger doppelter Vertrauensbruch in diesem Land.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch!)

Jetzt lasse ich die Zwischenfrage zu.

**Jörg-Otto Spiller (SPD):**

Herr Kollege Pinkwart, sind Sie bereit, zuzugeben, dass der Euro eine stabile Währung ist, dass er sowohl bezüglich der inneren Geldwertstabilität als auch bezüglich seines Außenwertes, also im Verhältnis zu anderen Währungen, zu den stabilsten Währungen überhaupt ge-

hört? Sind Sie bereit, zuzugeben, dass es innerhalb der Europäischen Währungsunion noch nie eine so breite, in der gesamten Zone wirkende innere Geldwertstabilität gegeben hat und dass der Außenwert des Euro nicht nur ein Ausdruck der Dollarschwäche ist, sondern auch ein Zeichen der Stärke, denn gegenüber dem britischen Pfund oder dem Schweizer Franken ist der Außenwert seit der Einführung des Euro nicht gesunken, sondern eher gestiegen? (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Andreas Pinkwart (FDP):**

Herr Kollege Spiller, ich bin gerne bereit, Ihnen zu sagen, dass es die Vorgängerregierung war, die dies in den 90er-Jahren mit den europäischen Nachbarländern im Euroraum ausgehandelt hat, und dass es aufgrund der vernünftigen Grundlagen dieses Stabilitäts- und Wachstumspakts und der Tatsache – das bringen Sie zu Recht in Ihrem Entschließungsantrag noch einmal zum Ausdruck; insofern teile ich Ihren Antrag an dieser Stelle ausdrücklich –, dass die anderen europäischen Länder die Einhaltung dieser Kriterien ernst genommen und unsere Stabilitätsstruktur angenommen haben, tatsächlich zu Stabilitätsfortschritten in der Eurozone gekommen ist. Das ist völlig richtig. Das ist aber der Erfolg des von der Vorgängerregierung mit den anderen europäischen Ländern vereinbarten Stabilitäts- und Wachstumspakts.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie aber, Herr Spiller, stellen jetzt dieses Fundament des Erfolges des Euro infrage. (D)

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die legen die Axt ans Fundament! – Abg. Jörg-Otto Spiller [SPD] nimmt wieder Platz)

– Herr Spiller, ich bin noch bei der Beantwortung Ihrer Frage.

Ergänzend dazu möchte ich Ihnen gerne beantworten, was Sie für sich in Anspruch nehmen, um den Art. 115 noch erfüllen zu können: Sie wollen nämlich zum dritten Mal – Sie müssen das noch beschließen; Ihr Bundeskabinett hat das schon getan – die **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts** feststellen. Da müssen wir uns doch einmal fragen: Welche der vier Ziele sind denn gestört?

(Joachim Poß [SPD]: Danach hat er nicht gefragt!)

– Doch, das ist genau der Punkt.

(Joachim Poß [SPD]: Danach hat Herr Spiller nicht gefragt! – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach dem Geldwert hat er gefragt!)

– Er hat gefragt, warum ich der Auffassung sei, dass durch Ihre unvernünftige und verfehlte Haushalts- und Finanzpolitik die Stabilität des Euro gefährdet wird. Das ist doch Ihre Frage gewesen.

**Dr. Andreas Pinkwart**

- (A) (Joachim Poß [SPD]: Jetzt wird es aber lustig! – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Ihre Interpretation!)

Die Stabilität des Euro wird doch durch Ihre Haushalts- und Finanzpolitik gefährdet: weil Sie die Regeln infrage stellen und weil Sie die Institutionen schwächen. Damit bewirken Sie, was Sie als Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in diesem Land feststellen. Nicht nur der Arbeitsmarkt, sondern auch das Wachstum hat sich in diesem Land durch Ihre Politik in den letzten Jahren eben nicht hinreichend entwickelt. Deshalb wollen Sie zum dritten Mal in Serie eine gravierende Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für sich in Anspruch nehmen, Herr Spiller. Das ist doch der Punkt.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege Pinkwart, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Dr. Andreas Pinkwart (FDP):**

Gut, ich komme zum Schluss, ich will aber den Gedanken, wenn ich darf, zu Ende führen.

Ich will nur noch sagen: Durch Ihre Politik wird das Vertrauen zerstört. Dadurch kommt es zur Konsumzurückhaltung, zum Investitionsattentismus und deshalb zu dem geringen Wachstum, das von Ihnen dann als Grund dafür angeführt wird, weshalb Sie in Serie gegen die Verfassung in diesem Land verstoßen. Darin sehen Sie die Folgen Ihrer verfehlten Politik, die am Ende auch das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht mit Blick auf die Preisstabilität gefährden wird.

- (B)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Christine Scheel.

**Christine Scheel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Merz hat gefragt: Was ist denn die Perspektive?

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine gute Frage! Aber er hat keine Antwort gegeben!)

– Das ist eine gute Frage. Wenn man sich anschaut, was sich die Union als Perspektive überlegt hat – in allen Irrungen und Wirrungen; das muss man dazusagen –, dann stellt man fest: Die Perspektive ist eine Kopfpauschale mit einem Finanzierungsdefizit von nach wie vor 40 Milliarden Euro.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Thema!)

Die Perspektive ist ein merzsches Steuerkonzept mit einem Finanzierungsdefizit, selbst wenn man die Subventionen mit einem Volumen von 25 Milliarden Euro in den jeweiligen Jahren gegenrechnet. Die Perspektive ist, dass Sie weitere Ausgaben in anderen Bereichen tätigen wollen. Alles zusammen schraubt sich der Fehlbetrag – Herr Poß hat das völlig richtig gesagt – auf ein Volumen von insgesamt 125 Milliarden Euro hoch. Wenn das

die Perspektive Deutschlands sein soll, dann aber wirklich gute Nacht, Stabilitäts- und Wachstumspakt! (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Dieser Stabilitäts- und Wachstumspakt liegt im Übrigen – das wird von der Union und von der FDP immer wieder unterschlagen – nicht nur in der Verantwortung der Bundesregierung und der sie tragenden Fraktionen, sondern auch in der Verantwortung der Länderhaushalte. Das heißt, wir haben hier eine gesamtstaatliche Verantwortung: Sie betrifft den Bund,

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Aber der Bund überschreitet doch seine Quote!)

sie betrifft die Länder und sie betrifft natürlich auch die sozialen Sicherungssysteme. Sie wissen sehr gut, dass diese Bundesregierung im Bereich der **sozialen Sicherungssysteme** Strukturveränderungen vorgenommen hat, die natürlich – das ist ganz normal, das sagt Ihnen jeder Ökonom und jeder Wissenschaftler – ihre Wirkung erst mit einer gewissen Zeitverzögerung entfalten können. Deswegen ist es richtig, dass wir sagen: Wir halten selbstverständlich daran fest. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein zentraler Pfeiler makroökonomischer Stabilität. Daran rüttelt niemand. Darum geht es in der Diskussion auch nicht.

Ich möchte Ihnen, Herr Merz, sagen: Ich verstehe es gut, dass Sie – in gewisser Weise muss man es ja so nennen – desertiert sind.

(Lachen bei der CDU/CSU – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aus Angst vor Frau Scheel!) (D)

Ich habe wirklich Verständnis dafür, dass Sie die Chaostruppe in der Führung Ihrer Fraktion verlassen.

(Joachim Poß [SPD]: Aber er hat selbst kräftig zum Chaos beigetragen!)

Was man sich heute aber fragen muss, ist: Was ist das, was Herr Merz hier vorträgt? Ist das seine persönliche Meinung, die in der Fraktion nicht den nötigen Rückhalt findet, oder ist das die Meinung der Fraktion? Da Sie Ihren Rückzug angekündigt haben, gehen wir davon aus, dass es sich nicht um die Meinung Ihrer Fraktion, sondern um Ihre persönliche Meinung handelt, die ich übrigens sehr schätze. Sie tragen hier also nicht das vor, was sich innerhalb der CDU/CSU-Fraktion abspielt. Das muss man in diesem Kontext bewerten.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Nun möchte ich noch etwas zu den im **Herbstgutachten** formulierten Prognosen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute sagen. Wenn man die einzelnen Zahlen bereinigt, wenn man also die Feiertageeffekte aus den Wachstumsprognosen herausrechnet – diese Zahlen sind ehrlicher –, dann beträgt das Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr 1,3 Prozent. Die Perspektive für das Jahr 2005 liegt bei 1,7 Prozent. Es gibt also positive wirtschaftliche Tendenzen, die auch Sie zur Kenntnis nehmen und akzeptieren müssen.

**Christine Scheel**

- (A) (Bartholomäus Kalb [CDU/CSU]: Das ist ein Irrglaube!)

Daher bitte ich Sie: Hören Sie endlich damit auf, dieses Land schlechter zu reden, als es ist!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es gibt positive Tendenzen, die uns von der OECD, vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag und von anderen Wirtschaftsverbänden bestätigt werden. Diese Tendenzen müssen wir verstetigen und ausbauen, um die Beschäftigungsschwelle positiv zu gestalten.

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: Was heißt denn das?)

Das bedeutet ganz konkret Folgendes: Heute ist die Beschäftigungsschwelle bei einem Wachstum von 1,9 Prozent stabil. Das heißt, dass die Arbeitslosigkeit dann nicht steigt. Durch die Strukturreformen, die die rot-grüne Bundesregierung beschlossen hat – ich meine Hartz IV und andere Maßnahmen –, liegt diese Schwelle in Zukunft bei 1 Prozent. Das heißt, dass der Status quo zukünftig durch ein Wachstum von 1 Prozent gesichert wird. Wenn es zu einem Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent kommt, wird die Beschäftigung sogar ansteigen. Das ist gut und das sollte man nicht unter den Tisch kehren.

Ich bin froh, dass amerikanische Magazine, wie zu lesen ist, mittlerweile titeln: „Germany is back“. Nach dreijähriger Stagnation verbessert sich die Situation. Es zeigen sich auch im internationalen Wettbewerb positive Entwicklungen.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Den dritten verfassungswidrigen Haushalt haben wir!)

Wir haben radikale Strukturveränderungen durchgeführt. Jetzt müssen wir darauf achten, dass Wertschöpfungsketten, die es mit deutschen Standorten zu verknüpfen gilt, auch international genutzt werden. Das ist nicht nur die Aufgabe der Politik, sondern auch die Aufgabe der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat in den letzten Jahren viele Fehler gemacht. Es wurden auf der **Managementebene** falsche Entscheidungen getroffen.

Das müssen wir auch in unseren Haushalten ausbaden. Denn alles, was in den Sand gesetzt wurde, findet sich zum Beispiel in Form von Verlustabschreibungen in unseren Haushalten wieder.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Ich sage nur: Dosenpfand und Maut!)

Auch das muss man sehen. Deswegen haben wir hier eine Verantwortung, die nicht nur wir, sondern selbstverständlich auch die Wirtschaft bzw. das Management zu tragen haben.

Frau Präsidentin, ich bin gleich am Ende

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP] – Lachen bei der CDU/CSU)

mit meiner Redezeit. – Mir geht es top.

(C)

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das wünschen wir Ihnen persönlich auch!)

Da Sie von der Union jetzt freudestrahlend gucken, muss ich Ihnen sagen: Diese Aussage bezog sich nur auf meine Redezeit; alles ist bestens um mich bestellt.

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Ja, das haben wir verstanden.

**Christine Scheel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die **Wissensgesellschaft** ist unsere Chance für mehr Beschäftigung. Wir tun alles, um dieses Ziel zu erreichen. Daher bitte ich Sie: Unterstützen Sie die Vorschläge, die von uns zum Thema Subventionsabbau vorgelegt worden sind.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Ach, haben Sie Vorschläge vorgelegt?)

Helfen Sie mit, Strukturveränderungen durchzuführen. Dann haben wir eine gute Chance, den Stabilitäts- und Wachstumspakt im nächsten Jahr einzuhalten.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dietrich Austermann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

**Dietrich Austermann** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man fasst sich an den Kopf, wenn man die Lage in Deutschland betrachtet: Wir befinden uns in der schlimmsten Finanz-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Haushaltskrise – und der Kollegin Scheel fällt nichts anderes ein, als den Kollegen Merz anzumeiern und hier über Feiertageffekte und Verlustabschreibungen zu reden.

Ich möchte im Hinblick auf die tatsächliche Situation in unserem Land zwei Anmerkungen machen. Das Erste ist: Wenn ich heute die Bilanz der europäischen Finanzminister sehe und die Aufforderung des Bundeskanzlers an die europäischen Staaten, sie mögen doch die **Schuldenkriterien** einhalten, sie mögen mehr sparen, dann muss ich feststellen: Sie haben Deutschland in eine Situation gebracht, dass wir heute die Aufnahmekriterien für die Eurozone nicht erfüllen würden. Das heißt, Deutschland ist inzwischen bei der Neuverschuldung und beim Gesamtschuldenstand in einer Situation, die an andere Länder außerhalb des Euroraums erinnert.

Das hängt natürlich mit anderen Dingen zusammen. Wenn Sie heute Bilanzen über die Sozialausgaben und die Arbeitsmarktlage in Deutschland betrachten, können Sie feststellen: Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Verschuldungspolitik und der Gesamthöhe der Schulden auf der einen Seite und der Höhe der Sozialausgaben und den Arbeitsmarktzahlen auf der anderen

Dietrich Austermann

- (A) Seite. Sie können das auch an den Bundesländern sehen. Zum Flächenland Schleswig-Holstein will ich nur sagen: höchster Schuldenstand – höchste Sozialausgaben. Das heißt, wenn Sie eine verantwortungslose Finanz- und Haushaltspolitik machen, dann „gewährleisten“ Sie damit gleichzeitig, dass die Arbeitslosigkeit steigt und das Wachstum sinkt.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Sie berufen sich darauf, Sie würden durch die höheren Schulden, die Sie gemacht haben, den Aufschwung stabilisieren. Das ist genau das Gegenteil von der Wahrheit.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: So ist es!)

Denn höhere Schulden bedeuten eindeutig höhere Arbeitslosigkeit. Sie können diese Tendenz dem Herbstgutachten entnehmen. Die Gutachter sagen nicht: Wegen der außerplanmäßigen zusätzlichen 15 Milliarden Euro Schulden, die Sie machen, wird das Wachstum im nächsten Jahr nach oben gehen. Sie sagen, dass es wieder nach unten geht. Das Wachstum – das Kümmerwachstum –, das wir unter Ihrer Regierung haben, hat nicht ausgereicht, mehr Beschäftigung zu schaffen, sondern die Zahl der Beschäftigten sinkt weiterhin.

Ihre verhängnisvolle Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik hat dazu beigetragen, dass das Wachstum in den Keller geht, die Arbeitslosigkeit und die Sozialausgaben aber nach oben. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung, die völlig im Gegensatz steht zu dem gesetzlichen Rahmen, den es spätestens seit 1967 – nicht 1987 – mit dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gibt.

- (B)

Wenn man heute einem Studenten erklären will, was der Unterschied zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit ist, braucht man bloß Ihre Haushaltspolitik zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auf der einen Seite haben wir das Verfassungsrecht, das gar nicht verändert werden muss. Art. 115 des Grundgesetzes sagt: Die Grenzen der Schulden sind dort, wo man neues Vermögen schafft. Das machen Sie schon lange nicht mehr. In diesem Jahr werden Sie doppelt so viel neue Schulden machen, wie Sie investieren.

Jetzt wird darauf hingewiesen, dass der Bund seine Verantwortung wahrgenommen hat, die Länder aber nicht. Frau Scheel, hier sind Sie fundamental im Irrtum.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe gesagt: Alle müssen ihre Verantwortung tragen!)

Sie haben nicht nur die europäische Verfassung gebrochen, Sie haben nicht nur die deutsche Verfassung gebrochen, Sie haben auch den **nationalen Stabilitätspakt** gebrochen. Ich will Ihnen das konkret vorrechnen. Die Länder und der Bund haben sich geeinigt: Keiner soll mehr Schulden machen als einen Betrag X, damit das Kriterium für die Neuverschuldung von 3 Prozent nicht überschritten wird. Das bedeutet, der Bund sollte höchstens 45 Prozent der höchstens 3 Prozent aufnehmen,

Länder und Gemeinden zusammen die restlichen 55 Prozent. Jetzt schaue ich mir die Situation einmal an: Sie haben seit 1999 immer den größeren Teil an den Schulden gemacht. In diesem Jahr wird es so sein, dass Sie mit ständigen Sprüngen auf inzwischen 25 Milliarden Euro über dem Limit gekommen sind. Das ist insgesamt ein Anteil von etwa drei Vierteln der Schulden, die gemacht werden. (C)

Der Bund macht allein drei Viertel der Schulden! Sie wollten aber nur 45 Prozent der Schulden machen. Wenn man das abzieht, was der Bund unverantwortlicher Weise an zusätzlichen Schulden aufnimmt, können wir die 3 Prozent einhalten. So werden wir das nicht, obwohl Sie es immer wieder prognostizieren.

Was Sie diesem Parlament, das die Haushaltshoheit hat, mit ständigen falschen Prognosen zu Beginn des Jahres, im Laufe des Jahres und am Ende des Jahres zumuten, das ist eine einzige Frechheit. Sie belügen das Parlament, sie belügen die Bevölkerung. Das halte ich für unverantwortlich, weil es Misstrauen sät und das Investitionsklima kaputt macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Das müssen gerade Sie sagen!)

– Herr Poß, der Beitrag war ja wohl völlig daneben.

Zu meiner Prognosefähigkeit: Im Februar dieses Jahres habe ich gesagt, dass Sie am Ende des Jahres ein Loch von 15 Milliarden Euro haben werden. Ich glaube, das Loch im Haushalt beträgt 14,9 Milliarden Euro. Jeder hat es gewusst. Sie haben es sicher nicht gewusst. Das glaube ich Ihnen gerne. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man so lange in der sozialistischen Jugend verankert war, dann ist klar, dass die Zusammenhänge für wirtschaftliches Denken nicht ganz ausgeprägt sind.

(Joachim Poß [SPD]: Sie halten eine vollkommen sinnfreie Rede!)

Die Prognosen von Herrn Eichel haben das Verfallsdatum einer Milchtüte.

(Joachim Poß [SPD]: Sie machen das wie immer: Sie halten eine sinnfreie Rede!)

Der Unterschied ist aber, dass die Leute schon sauer sind, bevor sie das Produkt überhaupt genossen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Nein, ich glaube, Sie sollten zur Wahrheit zurückkehren. Manch einer wird enttäuscht sein. Wie unsere Kollegen auch sehe ich die **Hauptverantwortung** beim **Bundesfinanzminister**. Deshalb habe ich bei jedem Beitrag gesagt, er müsse zurücktreten und den Kutschbock verlassen, da es keinen Wert hat.

(Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie das doch noch zehnmal! – Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch völlig ausgelutscht!)

**Dietrich Austermann**

- (A) – Herr Poß, ich glaube, wenn Sie die Lage in Deutschland betrachten, dann werden Sie meinem Bild zustimmen. – Ich habe den Eindruck, die Finanzgeschäfte sind wie eine galoppierende Kutsche. Vorne sind die Haushaltsgäule. Früher saß einmal jemand auf dem Kutschbock und hat versucht, das Ganze mit den Zügeln in den Griff zu bekommen. Inzwischen ist Herr Eichel vom Bock heruntergestiegen und hält sich hinten an der Ladeklappe fest. Die Haushaltsdinge schleifen und er bezeichnet das als sinnvolle und gestaltende Politik.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage: Man braucht seinen Rücktritt nicht zu fordern; denn er ist gar nicht mehr da. Er nimmt überhaupt keinen Einfluss mehr auf die Entscheidungen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Stellen Sie sich einmal vor, wofür sich jeder ordentliche Staat einen Finanzminister hält und einschließlich der Ministerialzulage auch bezahlt. Natürlich tut man das, damit er Einfluss darauf nimmt, dass das Geld zusammengehalten wird, dass man wieder ein stabiles Wachstum hat. Er ist aber gar nicht da und nimmt sein Amt nicht wahr. Ich werde nie wieder fordern, dass er zurücktreten soll, weil ich ihn nicht mehr zur Kenntnis nehme

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da wird er aber weinen!)

- (B) und weil er vor allen Dingen in der Politik nicht mehr zur Kenntnis genommen werden kann. Es tut mir Leid, so ist die tatsächliche Lage.

(Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie doch noch etwas zur Kopfpauschale und zu deren Finanzierung!)

Meine Damen und Herren, wir werden in diesem Jahr eine Rekordverschuldung haben. Es ist der absolute Rekord in der Nachkriegszeit. Die Kollegen, die nachher zum Nachtragshaushalt sprechen, werden das deutlich machen.

(Joachim Poß [SPD]: Sagen Sie einmal etwas zu Ihren Steuerreformvorschlägen!)

Ich will ein Letztes sagen: Die Politik, die Sie betreiben, macht Deutschland ärmer. Wenn wir das durchschnittliche **Wachstum** aller Länder um uns herum der letzten drei Jahre gehabt hätten, dann läge unser **Bruttoinlandsprodukt** heute um über 100 Milliarden Euro höher. Davon könnten sich die Deutschen übrigens 5 Millionen Opel Astra leisten.

In den letzten drei Jahren hätten wir dann das durchschnittliche Wachstum von England gehabt. Das hätte ein zusätzliches wirtschaftliches Wachstum für uns bedeutet. Das setzt sich jedes Jahr fort. Das heißt, Sie haben Deutschland um Zukunftschancen und eine wirtschaftliche Entwicklung und die Menschen um Arbeitsplätze betrogen, weil Sie eine Politik betreiben, die aufgrund des Übermaßes der von Ihnen zu verantwortenden Verschuldung gegen Wachstum gerichtet ist.

Interessant ist, dass diese Wachstumspolitik natürlich auch dazu beitragen würde, dass es dem Staat besser ginge. Dieses zusätzliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 100 Milliarden Euro würde bedeuten, dass der Gesamtstaat 20 Milliarden Euro an Mehreinnahmen hätte. Damit könnte der Bund die doppelten Investitionsausgaben tätigen. (C)

Das alles findet aufgrund der Situation nicht statt, dass wir keinen Finanzminister mehr haben und dass auch der Bundeskanzler nicht dafür sorgt, dass ein anderer an seine Stelle tritt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Parlamentarische Staatssekretär Diller.

**Karl Diller**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Merz, es ist bezeichnend für Ihren Stil: Sie wissen, dass der Bundesfinanzminister seit gestern an der Sitzung des Ecofin-Rats in Luxemburg teilnimmt, und beklagen hier trotzdem lauthals seine Abwesenheit.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ich habe die Bundesregierung angesprochen! Vielleicht wachen Sie einmal auf!)

Das disqualifiziert Sie, Herr Merz. Das ist Scheinheiligkeit hoch drei. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus den wenigen Ihrer angeblichen Argumente und Hinweise greife ich heraus, dass Sie gesagt haben, dass wir aus dem Bundeshaushalt ungefähr 80 Milliarden Euro an die Rentenversicherungskassen überweisen.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jedes Jahr!)

Das ist einer der wenigen Punkte, die in Ihrer Rede stimmten. In der Tat: Fast ein Drittel unserer gesamten Ausgaben geht ausschließlich an die Rentenversicherung.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Wer hat denn das so hochgeschraubt? Das waren doch Sie!)

Nun hat Herr Ministerpräsident Stoiber im Frühjahr vorgeschlagen, 5 Prozent aller Ausgaben im Bundeshaushalt zu streichen. Kürzlich hat er noch einmal gesagt, nicht 5 Prozent sollten gestrichen, sondern 12,9 Milliarden Euro sollten eingespart werden. Man fragt sich natürlich: Wie kommt er auf 12,9 Milliarden? Ganz einfach: Er hat das Ausgabenvolumen mit 5 Prozent multipliziert und kommt auf die 12,9 Milliarden.

Parl. Staatssekretär Karl Diller

- (A) Was heißt das jetzt? Herr Stoiber fordert namens der CDU/CSU, den Zuschuss an die Rentenversicherung um 5 Prozent gleich 4 Milliarden Euro zu kürzen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Sie versuchen, den Rentnern Angst zu machen!)

Dies bedeutet, die Rentenversicherungskasse müsste entweder den Einnahmeausfall aus der Bundeskasse durch Beitragssatzsteigerungen ersetzen. Das wäre eine Beitragssatzsteigerung um 0,4 Prozentpunkte. Wollen Sie das? Dann sagen Sie es. Oder es wäre eine Kürzung auf der Ausgabenseite der Rentenkasse notwendig. Das heißt, Sie fordern, den Rentnerinnen und Rentnern 1 bis 2 Prozent weniger Rente auszuzahlen.

(Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Reden Sie doch einmal über Ihr Konzept!)

Wollen Sie das? Dann sagen Sie das im Klartext und reden Sie nicht so allgemein darüber.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessant ist, dass die CDU/CSU-Fraktion die Auffassung von Herrn Stoiber nicht teilt. In der ersten Lesung des Haushalts 2005 hat sich keiner Ihrer Rednerinnen und Redner die Forderung von Herrn Stoiber zu Eigen gemacht, sondern Sie sagen alle, dass eine Einsparung von 12,9 Milliarden Euro zu viel ist und nicht zu schaffen ist. Sie sagen, dass 3 Prozent gestrichen werden sollen, das wären 7,5 Milliarden Euro. Jetzt beobachten wir natürlich im Haushaltsausschuss die Kürzungsanträge der Union.

(B)

Die dicken Brocken kommen noch. Ich sage Ihnen voraus, was der dickste Brocken sein wird. Die 4 Milliarden Euro, die wir als Zuschuss für die Bundesanstalt etatisiert haben, werden die Damen und Herren von der Union auf null setzen wollen. Das bedeutet aber eine dramatische Steigerung der Arbeitslosenzahlen. Wollen Sie das?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Wer hat denn diesen Unsinn versucht?)

Dann werden Sie sicherlich darauf zurückkommen, was Sie schon einmal beantragt haben, nämlich 10 Prozent aller **flexibilisierten Titel** zu streichen. 10 Prozent der flexibilisierten Titel machen bei einem Volumen von 15 Milliarden Euro 1,5 Milliarden Euro aus, die gestrichen werden sollen. Herr Austermann, erzählen Sie doch endlich Ihrer Fraktion, was das beispielsweise im Haushalt des Verteidigungsministeriums bedeuten würde!

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das wissen sie genau!)

Der Haushalt des Verteidigungsministeriums würde um 700 Millionen Euro gekürzt. Wollen Sie das? Erzählen Sie bitte auch, was das im Haushalt des Bundesinnenministeriums bedeuten würde! Hier würden allein im Kapitel Bundesgrenzschutz, in dem 1,6 Milliarden Euro etatisiert sind, 160 Millionen Euro gestrichen.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Entwickeln Sie doch einmal ein Konzept für die Zukunft!) (C)

Das kann überhaupt nicht funktionieren; denn in diesen flexibilisierten Titeln sind sämtliche Personalausgaben enthalten und man kann nicht einfach 10 Prozent der Bundesgrenzschutzbeamtinnen und -beamten in Luft auflösen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pinkwart?

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Hosenflattern!)

**Karl Diller**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Ja.

**Dr. Andreas Pinkwart (FDP):**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Sind Sie bereit, einzuräumen, dass seitens der Koalitionsfraktionen wie auch von der Bundesregierung trotz der im Herbstgutachten genannten weiteren Haushaltsrisiken von 10 Milliarden Euro für den Haushalt 2005 im Rahmen der Haushaltsberatungen bislang keinerlei substanziellen Kürzungsanträge vorgelegt worden sind? Wären Sie darüber hinaus so freundlich, aus der Sicht des Finanzministeriums – wie ich meine, haben wir als Parlament ein Recht darauf – darzulegen, wie Sie dafür Sorge tragen, dass im kommenden Jahr sowohl die Maastricht-Kriterien als auch die Vorgaben des Grundgesetzes eingehalten werden können? (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Karl Diller**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Herr Professor Pinkwart, ich bin Ihnen für diese Frage sehr dankbar, gibt sie mir doch Gelegenheit, darauf hinzuweisen, was wir auf der **Ausgabenseite** alles schon geleistet haben. Erstens. Seit der Regierungsübernahme 1998 haben wir 10 Prozent aller Ausgaben beim Bundeshaushalt – das sind über 25 Milliarden Euro – gegenüber Ihrem Bundeshaushalt 1998 gestrichen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Auf Länder und Gemeinden geschoben!)

Was die aktuelle Situation angeht, so haben der Sprecher Walter Schöler und die Sprecherin Anja Hajduk im Haushaltsausschuss erklärt, dass man sich in Kenntnis der im November, also in wenigen Wochen, vorzulegenden Steuerschätzung vorbehält,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Aha!)

entsprechende Konsequenzen bei der Ausgabengestaltung und der Einnahmgestaltung zu ziehen. Es wäre wünschenswert, dass Sie fordern, bei der Sanierung des Haushalts nicht nur auf der Ausgabenseite anzusetzen;

(Beifall bei der SPD)

Parl. Staatssekretär Karl Diller

- (A) wir müssen auch auf der **Einnahmenseite** ansetzen. Sie dürfen es nicht als Steuererhöhung diffamieren, wenn wir sagen, dass die größte Subvention, die es gibt, endlich gestrichen werden muss. Da kneifen Sie und das ist Ihr Versagen.

(Beifall bei der SPD – Joachim Poß [SPD]: Subventionsabbau wird blockiert! 25 Milliarden!)

Nun sollte in der Diskussion auch einmal über die Landesgrenzen hinausgeschaut werden. Deswegen zitiere ich aus einer aktuellen Übersicht der Europäischen Kommission, die die **Defizitquoten der Mitgliedstaaten der EU** des Jahres 2001 mit den voraussichtlichen Defizitquoten des Jahres 2004 vergleicht. Es handelt sich also um einen Zeitraum von drei Jahren. Es ist in der Tat beklagenswert, dass wir eine Verschlechterung von 0,8 Prozentpunkten haben. Eine Verschlechterung haben aber auch andere Länder, und zwar in viel größerem Umfang. Das hängt mit Ereignissen zusammen, die viele von uns längst wieder vergessen haben. In den Jahren 2000 und 2001 gab es die BSE-Krise, ich erinnere ferner an den 11. September, SARS und den Irakkrieg.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Den hat England nicht gehabt, das ist wahr!)

Ich nenne Ihnen, Herr Austermann, jetzt die Daten der Länder, die mit uns in der Europäischen Union sind: Dänemark hat eine Verschlechterung um 1,8 Prozentpunkte, Frankreich um 2,1 Prozentpunkte, Luxemburg um 8,3 Prozentpunkte, die Niederlande um 3,5 Prozentpunkte,

- (B) (Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das macht doch unsere Lage nicht besser!)

Finnland um 3,2 Prozentpunkte, Schweden um 2,6 Prozentpunkte und das Vereinigte Königreich um 3,5 Prozentpunkte.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Lesen Sie doch einmal das Wachstum dieser Länder vor!)

Wir aber haben nur eine Verschlechterung um 0,8 Prozentpunkte. Das zeigt, dass wir auch in dieser schwierigen Situation jede Kraftanstrengung unternommen haben, zu kürzen und zu sparen, wo immer es geht. Wir sind aber bei all unseren Vorschlägen auf Ihren erbitterten Widerstand gestoßen, nicht zuletzt im Bundesrat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen tragen Sie ein gerütteltes Maß an Mitverantwortung an der augenblicklichen Situation.

Lassen Sie mich in aller Deutlichkeit festhalten: Zur Sicherung der Stabilität der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind solide öffentliche Finanzen unabdingbar. Selbstverständlich brauchen wir auch in Zukunft einen funktionsfähigen und glaubwürdigen Stabilitätspakt zur Koordinierung der nationalen Finanzpolitiken. Es besteht zwischen allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Einvernehmen, dass die Referenz-

- werte des EG-Vertrages, nämlich das Defizitkriterium von 3 Prozent und das Schuldenstandskriterium von 60 Prozent, nicht geändert werden. (C)

Die gegenwärtige Diskussion, nicht zuletzt ausgelöst durch die Klage der Kommission gegen den Rat vor dem Europäischen Gerichtshof, zeigt, dass unterschiedliche Ansichten darüber bestehen, wie diese Instrumente im Einzelfall angewandt werden sollen. Der Europäische Gerichtshof hat in seinem Urteil den von der Kommission angestrebten **Automatismus beim Defizitverfahren** klar abgelehnt. Der Europäische Gerichtshof hat deutlich gemacht, dass der Ecofin-Rat bei der Anwendung der gemeinsamen Regeln über ein Ermessen verfügt. Die Erfahrung zeigt, dass eine Handhabung der Regeln, die allein auf das kurzfristige Erreichen quantitativer Vorgaben ausgerichtet ist, die Glaubwürdigkeit dieser Regeln schwächen kann. Auch eine Zentralbank fällt nicht automatisch eine Zinsentscheidung, wenn ein einzelner Indikator einen Grenzwert überschreitet.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sie verfehlen doch alle drei Kriterien!)

Auch hat sich gezeigt, dass der Pakt nicht zu einer ausreichenden Konsolidierung in konjunkturell guten Zeiten beitragen konnte. In Zeiten schwachen Wachstums wurden zum Teil restriktiv und prozyklisch wirkende Maßnahmen empfohlen, die den angestrebten Konsolidierungserfolg letztlich gefährdet hätten.

- An diesem Punkt setzt die Europäische Kommission mit ihren Vorschlägen an, die nach Auffassung der Bundesregierung ein guter Ausgangspunkt sind, um eine ökonomisch sinnvolle und **stabilitäts- und wachstumsorientierte Anwendung des Paktes** sicherzustellen. Dies ist übrigens auch die Meinung anderer EU-Mitgliedstaaten, wie sie bei der ersten Beratung der Kommissionsvorschläge im Rat zum Ausdruck gekommen ist. (D)

Genau diese Position ist auch im Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthalten. Wir bedanken uns dafür, dass sie die Position der Bundesregierung unterstützen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen setzt darauf, dass sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Kommissionsvorschläge aktiv und konstruktiv an der Diskussion auf europäischer Ebene beteiligt. Wir werden entschieden Ansätzen entgegenzutreten, die zu einer Aufweichung des Paktes führen werden. Wir wollen aus den Erfahrungen mit der Anwendung des Paktes solche Vorschläge prüfen, die ihn wetterfest für die Zukunft machen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Amen!)

Heute ist – auch von dem FDP-Redner – wenig über den **Gesetzentwurf der FDP** gesprochen worden, der ebenfalls unter diesem Tagesordnungspunkt zur Beratung steht.

(Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Sehen Sie sich die SPD-Fraktion an! Die ist schon eingeschlafen! – Gegenruf des Abg. Joachim Poß [SPD]: Sehr sachlich!)

Lassen Sie mich deshalb einige Sätze dazu ausführen.

Parl. Staatssekretär Karl Diller

- (A) Der Gesetzentwurf der FDP konterkariert die derzeitigen Reformüberlegungen. Auch der Stabilitätspakt, Herr Professor Pinkwart, lässt aus sehr guten Gründen in seiner derzeitigen Form und Handhabung Ausnahmeregelungen – beispielsweise zur 3-Prozent-Defizitobergrenze – zu, während Sie ein starres Korsett vorsehen.

Aber Sie sind auch zu kurz gesprungen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Wir sind eingeschlafen!)

Sie lassen in Ihrem Gesetzentwurf offen, wie hoch der Anteil des Bundes auf der einen Seite und der Länder auf der anderen Seite am zulässigen Defizit sein darf. Sie lassen offen, ob die im Gesetzentwurf enthaltene Festlegung für die Ländergesamtheit oder für jedes einzelne Land gilt und wie zu verfahren ist, wenn ein Land die Grenze unterschreitet und andere Länder sie überschreiten und von dem einen Land erwartet wird, dass es umso mehr spart, damit sie selber die Grenze überschreiten können. Deswegen halten wir Ihren Gesetzentwurf nicht für zustimmungsfähig.

Lassen Sie mich zum Abschluss Folgendes betonen: Wir brauchen eine Regelbindung für die finanzpolitische Koordinierung in der EU. Jede Regel muss aber im Licht einer ökonomischen Analyse des Einzelfalles angewandt werden. Nicht zuletzt brauchen wir in Zukunft wieder Debatten über Inhalte und weniger Streitereien über Verfahren.

(Lachen und Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Ich bedanke mich, dass auch bei Ihnen die Einsicht eingekehrt ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ernst Burgbacher.

**Ernst Burgbacher (FDP):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatssekretär Diller, es ist zwar schön, dass Sie sich mit unserem Gesetzentwurf beschäftigen, aber es wäre besser, sich damit inhaltlich auseinander zu setzen, statt lediglich irgendwelche Punkte herauszugreifen und festzustellen: Das geht nicht. Ich habe jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf vermisst. Darauf werde ich gleich weiter eingehen.

Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Die **Föderalismuskommission**, die auch von diesem Parlament eingesetzt worden ist, tritt gerade in die entscheidende Phase ihrer Arbeit ein, die aber in dieser Debatte komischerweise keine Rolle gespielt hat. Sie hat aber sehr viel damit zu tun. Die Verflechtung, die in unserem Staat besteht, hat mit dazu geführt, dass wir einen gigantischen Schuldenberg aufgetürmt haben. Deshalb ist die Forderung nach Entflechtung nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in den Finanzbeziehungen gerade in diesem Zusammenhang eine der zentralen Forderungen.

(Beifall bei der FDP sowie des Abg. Georg Schirmbeck [CDU/CSU]) (C)

Ich will das sehr offensiv ansprechen, weil ich die Sorge habe, dass diese Reform von beiden Seiten verhindert wird. Die Ministerpräsidenten haben sich in ihrem Papier gegen **Steuerautonomie** und **Steuerwettbewerb** ausgesprochen. Die Bundesregierung – man lese in diesem Zusammenhang das Interview der Bundesjustizministerin in der „Zeit“ – versucht, die Kommission sozusagen abzuwürgen. Ich sage Ihnen: Sowohl die Bundesregierung als auch die Ministerpräsidenten müssen dann auch die Verantwortung tragen, wenn der Karren an die Wand gefahren wird, was wir uns gerade aus Haushaltsgründen eigentlich nicht leisten können und dürfen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich dezidiert für Steuerautonomie und damit für Steuerwettbewerb ein; denn Steuerwettbewerb kann einiges initiieren, was wir zum Abbau der Verschuldung dringend brauchen. Steuerwettbewerb führt zu mehr Effizienz bei öffentlichen Leistungen, zu Kostenersparnissen und zu Innovationen. Wenn das von verschiedenen Seiten abgelehnt und in der Föderalismuskommission sogar zum Tabu erklärt wird, dann werden Sie auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Wir werden eine Steuerreform zum Druckthema in der Kommission machen, weil wir etwas durchsetzen wollen. Deshalb haben wir unseren Gesetzentwurf vorgelegt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Wenn es Steuerwettbewerb zwischen den verschiedenen Ebenen gibt, müssen wir aber nach wie vor garantieren, dass die Maastricht-Kriterien gültig bleiben. Genau dazu haben wir Vorschläge gemacht. Bund, Länder und Gemeinden müssen gemeinsam in der Verfassung verpflichtet werden, die Maastricht-Stabilitätskriterien einzuhalten. Wir dürfen uns doch nicht Schritt für Schritt daran gewöhnen, diese Kriterien zu verletzen. Vielmehr müssen wir zu ihrer Einhaltung stehen. Das ist der Sinn unseres vorgelegten Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte an dieser Stelle um zwei Dinge: Beschäftigen Sie sich ernsthaft mit unserem Gesetzentwurf, der als Grundlage einer Garantie für Währungsstabilität im Euroraum und insbesondere in unserem Land anzusehen ist! Machen Sie zusammen mit uns in der Föderalismuskommission den Schritt hin zu mehr Steuerautonomie und Steuerwettbewerb! Beides kann unserem Land sowie seinen Bürgerinnen und Bürgern nur gut tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Anna Lührmann.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

- (A) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Anna Lührmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke sehr. – Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! 14 Jahre bevor ich geboren worden bin, gab es das letzte Mal einen ausgeglichenen Bundeshaushalt.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine Güte!)

Das war im Jahr 1969. Danach, vor allem in den Jahren der Kohl-Ära, ist die **Staatsverschuldung** rapide angestiegen. Gleichzeitig sind die Ausgaben für die soziale Sicherung in die Höhe geschneit. Diese Fehlentwicklung hat dazu geführt, dass der größte Teil der Ausgaben des Bundes festgelegt ist; denn der Bund muss heute rund 70 Prozent der Haushaltsmittel für Alterssicherung, Arbeitslosigkeit und Zinszahlungen ausgeben. Schon heute sind wir in der Situation, dass wir für die Zahlung der Zinsen neue Schulden aufnehmen müssen. Daher ist der Spielraum für Zukunftsinvestitionen so gering geworden. Das liegt vor allen Dingen daran, dass es verpasst worden ist, in konstanten Wachstumsphasen den angehäuften Schuldenberg abzubauen. Im Gegenteil: Munter wurden immer weiter neue Schulden gemacht.

- (B) Herr Pinkwart, Sie wagen es, von einer Kultur der Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland vor der rot-grünen Bundesregierung zu sprechen. Dabei hat Ihre unverantwortliche Politik zu der Situation geführt, in der wir uns jetzt befinden, nämlich dazu, dass es jetzt – nach jahrelanger wirtschaftlicher Stagnation und wegen der Kosten der Wiedervereinigung – für Deutschland so schwierig ist, die Kriterien des Wachstums- und Stabilitätspaktes einzuhalten. Angesichts der Realität eines Schuldenberges von 1,4 Billionen Euro hat meine Generation eine gesunde Ironie entwickelt. Ich kann nur sagen: Vielen Dank für das großzügige Erbe! Vielen Dank dafür, dass wir heute nur noch so wenig Gestaltungsspielraum haben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elke Wülfing [CDU/CSU]: Seid ihr nicht mit an der Regierung gewesen?)

Die haushälterischen Fehler der CDU/CSU in der Vergangenheit waren schlimm. Aber schlimmer ist, dass Sie noch immer keine schlüssigen Konzepte haben. Um das zu erkennen, reicht ein Blick in den Antrag, den Sie heute zur Debatte gestellt haben. In diesem Antrag fordern Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, dass „die zukunftsgerichteten, durchgreifenden Reformen in der Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland endlich angegangen werden“. Welche strukturellen Reformen meinen Sie damit? Die der CDU oder die der CSU, die von Herrn Merz oder die von Frau Merkel?

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pinkwart?

- Anna Lührmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)  
Aber sicher.

**Dr. Andreas Pinkwart** (FDP):

Vielen Dank, Frau Kollegin Lührmann. – Können Sie mir bestätigen, dass bei Regierungsübernahme durch SPD und Grüne die Neuverschuldung mit 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die gesamtstaatliche Verschuldung unter den für Maastricht relevanten Kriterien von 3 bzw. 60 Prozent lagen, wohingegen die jetzige Regierung zum dritten Mal in Folge – in diesem Jahr mit einer Neuverschuldung von 3,8 Prozent und einer Gesamtverschuldung von deutlich über 60 Prozent – beide zentralen Ziele des Maastricht-Vertrags verfehlt?

(Lothar Mark [SPD]: Wir haben von Ihnen eine Zinsbelastung von 80 Milliarden DM übernommen!)

**Anna Lührmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Pinkwart, vielen Dank für Ihre Frage; so kann ich diesen Gedanken in meiner Rede noch etwas weiter ausführen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Frage beantworten!)

Diese Zahlen habe ich nie bestritten. Mir ging es aber um die Frage, wie es dazu kommt, dass wir in einem solchen Schlamassel stecken.

- (Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Da müssen Sie auf die Regierungsbank gucken!) (D)

– Wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie das schon vorhin gehört.

Lag nicht die Schuldenquote zu dem Zeitpunkt, als die **Kohl-Regierung** antrat, bei knapp 40 Prozent? Als wir die Regierung übernommen haben, lag sie bei 60 Prozent. Die heutigen Zahlungen für Zinsen schlagen beträchtlich zu Buche. Darauf haben wir heute aber keinen Einfluss; die Spielräume sind uns damals von Ihnen weggenommen worden. Deshalb bitte ich Sie, hier zu Ihrer Verantwortung zu stehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Lothar Mark [SPD]: Verantwortung ist für einige ein Fremdwort!)

– Das glaube ich auch.

Wir stehen in der Tat in der Verantwortung, zu einer besseren Haushaltssituation zu kommen. Ihre multiplen Positionen, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, stellen hier jedoch einen Widerspruch in sich dar.

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Multipel, genau!)

In der heutigen Debatte wurde bereits deutlich, dass Sie auf der einen Seite unsere Vorschläge zum Subventionsabbau in zweistelliger Milliardenhöhe abgelehnt haben,

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Kohle oder was?)

**Anna Lührmann**

- (A) auf der anderen Seite aber bei der Krankenversicherung ein Loch in zweistelliger Milliardenhöhe reißen wollen. Einerseits verlangen Sie die Einhaltung der Stabilitätspaktkriterien; andererseits mauern Sie im Bundesrat munter weiter, wenn es um konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung geht.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das ist falsch!)

Was Sie hier betreiben, ist Volksverdummung und keine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nicht, dass Sie mich jetzt falsch verstehen:

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: So schwer ist es nicht!)

Ich halte ausdrücklich am europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt fest. Fiskalpolitische Kontrollmechanismen, die die Mitgliedstaaten von einer übermäßigen Verschuldung abhalten sollen, sind für eine Währungsunion unverzichtbar. Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik muss es weiterhin sein, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Grenzen von 3 Prozent des BIP bei der Neuverschuldung und von 60 Prozent bei der Gesamtverschuldung nicht zu überschreiten.

- (B) Allerdings zeigen gerade die Erfahrungen in Deutschland, dass der Pakt ergänzt werden muss, um dieses Ziel zu erreichen. Wie ich schon eben ausgeführt habe, hätten wir im Jahre 2003 kein Defizit von 4 Prozent gehabt, wenn früher begonnen worden wäre, strukturelle Reformen anzupacken und die Staatsverschuldung abzubauen. Deswegen bin ich für die Vorschläge der **EU-Kommission** für den Stabilitätspakt aufgeschlossen. Diese Vorschläge geben der Kommission und dem Ecofin die Möglichkeit, von den Euroländern den Abbau des Defizits und strukturelle Reformen zu verlangen. Wird dies in konjunkturell besseren Zeiten angepackt, können die Länder in einem Konjunkturtal ohne ein allzu hohes Defizit auskommen. Mit dieser Ergänzung kann das Vertrauen in den Pakt und seine Glaubwürdigkeit gestärkt werden.

Die EU-Kommission schlägt außerdem vor, die Schuldenquote nicht nur in ihrer quantitativen, sondern auch in ihrer qualitativen Dimension zu erfassen. Hierzu müsste die öffentliche Verschuldung vor allen Dingen in Beziehung zur Entwicklung des Wissens- und Kapitalstocks der Volkswirtschaften gesehen werden. So wird man auch den Zukunftsaufgaben der Gesellschaft und künftigen Generationen eher gerecht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Gern!)

Ich trete dafür ein, den Stabilitätspakt zukunftsorientiert zu gestalten. Nur so schaffen wir es, glaubwürdig zu bleiben und Vertrauen zu erhalten. Die EU-Staaten müssen verpflichtet werden, die erforderlichen Strukturformen anzupacken und entschlossen umzusetzen sowie – das ist die wichtige Neuerung – in Wachstumszeiten den Schuldenberg abzubauen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, helfen Sie mit! Helfen Sie Deutschland aus der Schuldenfalle! Machen Sie Ihre Hausaufgaben in den Länderhaushalten! Stimmen Sie dem Abbau von Subventionen endlich zu! Das sind Sie meiner Generation und auch den künftigen Generationen wirklich schuldig. (C)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Georg Fahrenschon.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Georg Fahrenschon (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Lührmann, wissen Sie, was das Problem ist? Draußen im Lande glaubt Ihnen niemand mehr. Niemand glaubt mehr den Worten, die Sie hier sprechen. Wenn man auf die Fakten sieht, erkennt man, dass Sie hier jenseits von gut und böse argumentieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen uns das einmal ansehen. Im Jahr 2002 wurde der Stabilitätspakt gebrochen. Im Jahr 2003 wurde der Stabilitätspakt gebrochen. Im Jahr 2004 wird der Stabilitätspakt gebrochen. Gestern war von der Expertin für Friendly Fire aus Ihrer Fraktion zu lesen: Auch im Jahr 2005 werden wir den Stabilitätspakt wieder brechen. – Nach alter Manier versucht der Bundesfinanzminister jetzt, die Sache wieder zu retten, und sagt: Wir tun unser Bestes. – Wir werden ihn in nicht langer Zeit vor uns stehen haben und von ihm hören: Es tut uns Leid; es geht leider nicht anders. (D)

Dann wird das Argument gebracht, die **Weltwirtschaft** sei schuld.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Einfluss hat sie! Großen Einfluss!)

Herr Poß, Herr Staatssekretär, Sie zitieren viele Prognosen, aber die wesentlichen Zahlen lassen Sie beiseite. Vor zwei Wochen war Ihr Finanzminister Teilnehmer der G-8-Konferenz im Rahmen der Weltbanktagung und hat mit seiner Stimme die Prognose der Weltbank mitgetragen. Darin steht, dass die Weltwirtschaft so gut wie seit 25 Jahren nicht mehr läuft: 5 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft. Nur Deutschland ist unter dem Durchschnitt. Angesichts dessen frage ich Sie: Was ist das Problem in Deutschland? Das Problem ist doch nicht die Weltwirtschaft. Das Problem ist die von Ihnen hausgemachte Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Das kann eigentlich nicht sein, nur Deutschland! – Joachim Poß [SPD]: Die Aussage sollten Sie noch einmal überprüfen! Das kommt allein logisch nicht hin!)

**Georg Fahrenschoon**

- (A) Um beim Thema zu bleiben: Weil sich die Franzosen auf ihre Innenpolitik konzentrieren, weil sie sich um ihre Binnenkonjunktur kümmern, schaffen sie es, den Stabilitätspakt im nächsten Jahr wieder einzuhalten,

(Joachim Poß [SPD]: Das wissen Sie schon jetzt?)

im Gegensatz zu Deutschland, das nach den Erwartungen das einzige Land in Europa sein wird, das auch im nächsten Jahr zum wiederholten Male gegen die Kriterien des Stabilitätspakts verstoßen wird.

Deutlicher als der **deutsche Finanzminister**, der sich anschickt, den Stabilitätspakt zum vierten Mal zu brechen, kann ein Finanzminister gar nicht zeigen, was er vom Stabilitätspakt hält. Seit 2002 ist es jedes Jahr dasselbe Trauerspiel. Erstens sagt Hans Eichel lauthals, er halte die Maastrichter Vorgaben im kommenden Jahr ein. Zweitens legt er auf der Basis von Wunschprognosen seinen Haushalt vor. Drittens werden in den Medien in Nebensätzen erste Zweifel geäußert. Viertens erklärt in der Vorwärtsbewegung die Vorsitzende des Finanzausschusses für die grüne Fraktion: Es klappt doch nicht. – Dann muss Hans Eichel die Hosen herunterlassen, der auf Kante genährte Haushalt fliegt ihm um die Ohren und er steht da wie der Kaiser in „Des Kaisers neue Kleider“.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Der hatte keine an!)

- (B) Das ist die Wahrheit. Das ist das Trauerspiel, das Sie hier jedes Jahr aufführen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was macht der Finanzminister, nachdem sich das vierte Mal ein Verstoß abzeichnet? Er macht keine Anstalten, die strukturellen Defizite im Haushalt zu beseitigen, sondern er versucht, gemeinsam mit anderen Haushaltssündern in Europa, die Stabilitätsregeln flexibler auszulegen.

Die laufende Debatte über die **Modifikation des Stabilitätspakts** ist definitiv die falsche Antwort. Sie können einem Regelwerk nicht zuerst den Todesstoß versetzen und dann versuchen, es durch Veränderung wiederzubeleben. Sie müssen sich den Regeln unterwerfen. Sie müssen als ersten Schritt die Neuverschuldung wieder unter die Grenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückführen. Wenn das geschehen ist, dann kann man sich darüber unterhalten, inwieweit man an der einen oder anderen Stelle die Erfahrungen aus den ersten Jahren des Stabilitätspakts einfließen lässt. So und nicht andersherum wird ein Schuh daraus. Sie verletzen Vertrauen in den Standort. Das Ergebnis dessen, was Sie zu verantworten haben, können wir jetzt sehen.

Liebe Frau Lührmann, ich will auf eine andere Zahl hinweisen – diese Zahl muss eigentlich gerade junge Abgeordnete erschrecken –: Seit dem 12. Oktober dieses Jahres zeigt die **Schuldenuhr** in Deutschland einen neuen Höchststand an. Pro Sekunde werden 2 660 Euro Schulden gemacht. Damit einher geht ein Rekordschul-

denstand von 1,41 Billionen Euro. Dafür sind Sie verantwortlich. Dafür muss man insbesondere die grüne Fraktion in die Verantwortung nehmen. Sie haben sich von Ihren Zielen „Nachhaltigkeit“ und „sanfter Umgang mit den Ressourcen“ schon längst verabschiedet. Sie verprassen das Geld der jungen Generation und Sie haben sich aus der Debatte zurückgezogen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Joachim Poß [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen! An Ihrer Stelle wäre ich etwas ruhiger!)

Beim Umgang mit den finanziellen und den sozialen Ressourcen dieses Landes lassen Sie alle fünf gerade sein. Das zentrale Prinzip der Haushaltspolitik, nämlich nicht mehr auszugeben, als man einnimmt, haben Sie schon vor Jahren zu Grabe getragen, meine Damen und Herren von Rot und Grün. Stattdessen legen Sie jetzt einen Antrag vor, der eindeutig dem Motto „Haltet den Dieb!“ folgt. Unter Punkt II, zweiter Spiegelstrich, fordern Sie, „gestützt auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes den im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten politischen Ermessensspielraum zu sichern“. Genau das ist ein Irrweg. Wenn politischer Ermessensspielraum irgendwohin nicht gehört, dann in den Bereich der Garantie von Stabilität und Wachstum in Europa. Gerade eine solche Frage dürfen wir nicht zum Spielball politischer Philosophien machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Wahrheit ist doch, dass die unheilige Allianz der Defizitsünder, die den Pakt am 25. November 2003 durch Aussetzung des Verfahrens ausgehebelt hat, vom **Europäischen Gerichtshof** gestoppt wurde. Der Versuch der Kommission, jetzt in die Debatte einzutreten, ist der letzte Versuch, den Stabilitätspakt zu retten, um mit den großen Euroländern überhaupt wieder ins Gespräch zu kommen. Vor Gericht sind sie schon gescheitert. Hören Sie endlich mit der Unterminierung des Stabilitätspakts auf und machen Sie sich doch stattdessen eher seine Integrationskraft zu Eigen! Überlegen Sie doch einmal, welche Chancen der Stabilitäts- und Wachstumspakt für die Aufstellung des Haushalts eigentlich bietet, um wieder für solide Finanzen zu sorgen.

Die EZB und die Bundesbank sind nicht ohne Grund in der Diskussion um die Modifizierung des Stabilitätspakts zurückhaltend bis ablehnend. Wer gegen bestehende Verträge verstößt, der gefährdet die Grundlagen der Währungsunion und schadet dem weltweiten Ansehen der gemeinsamen Währung. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Bei der Bayerischen Landesbank war der!)

Herr Poß, statt die Spielregeln im Nachhinein zu ändern und damit Vertrauen zu verspielen, wären Sie gut beraten, den Weg einer glaubhaften Konsolidierungsstrategie zu verfolgen. Aber dazu fehlt Ihnen schon heute die Durchsetzungskraft und das ist zu bedauern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (A) **Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**  
Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Reinhard Schultz.

**Reinhard Schultz** (Everswinkel) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Friedrich Merz ist hier, seinem künftigen Hauptberuf als Rechtsanwalt getreu, eingestiegen, indem er zunächst einmal formal abgeschichtet hat, damit man sich mit der Sache erst gar nicht mehr befassen muss. So laufen ja die meisten Gerichtsverfahren. Wir möchten uns aber gern mit dem Kern des Problems befassen und uns nicht ausschließlich an formalen Kriterien festhalten.

Ich persönlich bin – wie übrigens fast alle anderen Finanz- und Wirtschaftspolitiker in den Mitgliedsländern der Eurozone und der Präsident der Europäischen Kommission, Prodi, an der Spitze – der Auffassung, dass wir einer vernünftige Aufarbeitung des Vertrages, des Vertragstextes, seiner Wirkungsweise und seiner Auslegung dringend bedürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In allen Politikbereichen, in denen neue Regelwerke in Kraft gesetzt werden, wird nach einer bestimmten Zeit evaluiert, wie sie wirken und ob das Vorgehen richtig war. Damit stelle ich die zentralen Kriterien von 3 Prozent und von 60 Prozent nicht infrage. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt besteht aus diesen beiden wichtigen Bestandteilen. Als er damals aufgestellt wurde, richtete sich der Fokus auch der deutschen Öffentlichkeit und der Politik deswegen im Wesentlichen auf den Aspekt **Stabilität**, weil man zum einen glaubte, stetiges Wachstum komme von selbst – drei Jahre Stagnation konnte sich kein Mensch ernsthaft vorstellen, weder bei uns noch in anderen europäischen Ländern –, und zum anderen eine Vertrauensgrundlage für die neue europäische Währung Euro schaffen wollte. Der Euro sollte mindestens so stark wie die Deutsche Mark sein. Man wollte Inflationsängsten begegnen, die die ältere Generation aufgrund der Erfahrungen aus den Zeiten vor der Währungsreform 1949 und aus der Weimarer Republik hatte, und eine Vertrauensbasis für diese Währung schaffen.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Die zerstören Sie!)

– Diese ist überhaupt nicht zerstört worden. Man kann doch mit Stolz bzw. voller Staunen sagen: Obwohl bestimmte instrumentelle Kriterien wie erlaubte Höchstverschuldung und Neuverschuldung wiederholt in vielen Ländern der Europäischen Union gerissen worden sind, ist der Euro trotzdem zu einer der stabilsten Währungen der Welt geworden.

(Beifall bei der SPD)

Er ist für viele kleinere Währungen zur zweiten Ankerwährung neben dem Dollar geworden und hat den Dollar in diesem Punkt sogar überholt. Ich erinnere mich an eine Diskussion mit Wim Duisenberg, die der Finanzausschuss seinerzeit bei der EZB in Frankfurt geführt hat. Da habe ich ganz vorsichtig und nett – so muss man sich ja solchen ehrwürdigen Herrschaften gegenüber

verhalten – die Frage gestellt: Herr Duisenberg, können Sie sich vorstellen, dass es einmal eine Parität zwischen Dollar und Euro geben könnte? Da hat er sich kaputtgelacht; das konnte er sich nicht vorstellen.

Inzwischen ist eine völlig andere Situation eingetreten. Der Euro ist so stabil, dass diese Stabilität manchem Wirtschaftspolitiker sogar schon Sorgen macht. Von den Gefahren Destabilisierung oder Inflation kann doch überhaupt nicht die Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

In der Europäischen Union der 15 gab es in den letzten Jahren über den Daumen gepeilt eine **Inflationsrate** von unter 3 Prozent. Obwohl wir in Deutschland riesige Probleme hatten, lag sie bei uns im Schnitt unter 2 Prozent. Deutschland schneidet trotz seiner großen ökonomischen Probleme, trotz des Problems der Verschuldung, das zum Teil mit der deutschen Einheit zusammenhängt, und trotz großer Strukturprobleme auch in dem Punkt Preisstabilität besser als der Durchschnitt der Länder in der Europäischen Union ab. Diese Tatsache darf man hier doch nicht vernebeln. Die stabilste Währung, die wir jemals hatten, ist der Euro, obwohl es ohne Frage Probleme mit dem Kriterium der Verschuldung gibt. Vielleicht besteht da auch nur ein mittelbarer Zusammenhang. Vielleicht sind viele Bezüge politisch nur künstlich hergestellt worden. Das muss man doch einmal überprüfen dürfen. In jedem Fall ist das Ergebnis hervorragend, egal warum. Die Ziele, die erreicht werden sollten, wurden auf jeden Fall nicht gefährdet und sind auch in Zukunft nicht gefährdet.

Die Frage der **Schulden** macht natürlich auch uns sehr besorgt. Wir reißen uns wirklich ein Bein aus, um Positionen im Bundeshaushalt, also in dem Bereich, für den wir die Verantwortung tragen, entsprechend zu kürzen. Herr Diller hat darauf hingewiesen. Wenn Sie aber durch Blockade des Steuersubventionsabbaugesetzes und des Haushaltsbegleitgesetzes verhindern, dass weitere Subventionen in Höhe von 25 Milliarden abgebaut werden, womit ein erheblicher Beitrag zur Konsolidierung geleistet werden könnte, dann müssen Sie und die von Ihnen regierten Bundesländer, die das verhindern, auch die Verantwortung für die Konsequenzen tragen.

(Beifall bei der SPD)

Die Ursachen für die Schuldenentwicklung liegen natürlich in der wirtschaftlichen Entwicklung. Ein Punkt ist aber auch, dass das zweite wichtige Ziel des Stabilitätspaktes, nämlich **Wachstum** – es ging ja um Stabilität und Wachstum –, nicht hinreichend quantifiziert und instrumentell unterlegt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich erinnere mich daran – ich war ja Berichterstatter für das Euro-Einführungsgesetz und auch im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht –, dass es heftige ablehnende Reaktionen aggressivster Art gab, wenn jemand den Begriff „wirtschaftspolitische Koordinierung im Euroraum“ überhaupt nur in den Mund genommen hat. Daran darf ich Sie freundlich erinnern. Heute weiß jeder, dass es nicht nur zwingend erforderlich ist, für

Reinhard Schultz (Everswinkel)

- (A) Geldwertstabilität zu sorgen und Schulden zu managen, sondern dass auch an anderen Rädern gedreht werden muss, damit Wachstum zustande kommt und sich ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht einstellt. Wenn man den Blick ausschließlich auf Geldwertstabilität oder auf Schulden richtet, ist das so, als wenn wir uns als Finanzpolitiker auf zwei der vier Grundrechenarten beschränken. Das tun wir doch auch nicht.

Wir müssen alles zusammen sehen: die Zeiträume, die Zukunftsfähigkeit, die Erholung der Wirtschaft, die Investitionen der öffentlichen Hand und der Privaten sowie die Nachfragefähigkeit des Staates und der Menschen, die von staatlichen Leistungen abhängig sind. All das gehört zu einer ausgewogenen Balance. Wir können nicht ausschließlich zugunsten der Konsolidierung das Fallbeil auf die anderen Elemente heruntersausen lassen. Wenn wir das tun, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir das zarte Wachstum gefährden und möglicherweise sogar ins Gegenteil verkehren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bedarf es neben der kritischen Begleitung der Ausgabenentwicklung der öffentlichen Haushalte, auch des Bundes, also der Ausgabensteuerung, künftig stärker einer **Einnahmensteuerung**. Man kann einen funktionierenden Staat, der Aufgaben in der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit sowie in der Sicherstellung vernünftiger sozialer Lebensbedingungen hat, der Bildung sichern und Forschung ermöglichen soll, nicht ständig einer Rutschpartie in die Minderausgaben aussetzen. Wer das verursacht, wird auch das Wachstum von übermorgen und überübermorgen infrage stellen. Wer in der Zukunft Wachstum will, muss dafür sorgen, dass neue Wertschöpfungsketten und überhaupt Neues entsteht. Dafür muss zum richtigen Zeitpunkt und produktiv Geld in die Hand genommen werden.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir keine Defizite wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Einnahmen stimmen. Damit meine ich nicht Steuererhöhungen – damit das nicht falsch verstanden wird –, sondern das bedeutet, dass wir die Steuerquellen, die wir haben, die Möglichkeiten, Steuern zu erheben, lückenlos und hart nutzen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt für den Umsatzsteuerbetrug und die Schwarzarbeit, gegen die wir kämpfen müssen, und für jede Art von Schlupfloch, das wir schließen können. Nur so können wir bei insgesamt vernünftigen Steuersätzen dahin kommen, dass unser Gemeinwesen finanzierbar ist und die Defizite beherrschbar sind.

Wir haben es riskiert, die größte **Steuerreform** seit der Nachkriegszeit auf den Weg zu bringen, mit 56 Milliarden Euro Entlastung für alle, obwohl wir in den Haushalten außerordentlich große Schwierigkeiten haben. Wir haben das getan, damit auf der Nachfrage-seite nicht noch mehr wegbricht. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten das nicht getan, wo wir dann mit unserem

Wachstum heute liegen würden! Das wäre schlicht eine Katastrophe. (C)

Aber wir haben mit der Steuerreform natürlich in Kauf genommen, dass uns die entsprechenden Beträge bei der Finanzierung unserer Haushalte fehlen. Man kann nicht beides gleichzeitig haben, auf jeden Fall nicht aus dem Stand heraus. Die Wirtschaft erholt sich nur allmählich. Wenn wir den Privaten Geld geben, geben sie dieses aus, wodurch Wachstum entsteht, aber das geschieht natürlich nicht von einem Sonntag auf den nächsten, sondern das ist ein mühseliger, langfristiger Erholungsprozess, der erst zum Schluss in den öffentlichen Haushalten ankommt.

Das heißt, man muss sehen, was man will. Wenn Sie hier die nächste Steuerreform ankündigen, dann möchte ich gerne einmal wissen, wie Sie das mit Ihren Konsolidierungszielen bzw. mit dem Ziel der Aufrechterhaltung eines funktionierenden, funktionsfähigen Staates, der in dieser Gesellschaft die wichtigsten Aufgaben wahrnimmt, was das Soziale, die Sicherheit, Innovation und Bildung angeht, in Einklang bringen wollen.

Eine **differenziertere Betrachtung** des Mechanismus wie der Maastricht-Kriterien muss Einzug halten. Wir können uns nicht, wie die FDP es tut, einige Jahre nach Maastricht hier hinstellen und die Aufnahme der verengten Sicht – wobei richtig bleibt, dass der Schuldenstand und die Neuverschuldung kritisiert werden; dennoch greift man mit dieser verengten Sicht zu kurz und sie ist insgesamt gesehen auch falsch – ins Grundgesetz fordern, wodurch sie Verfassungsrang erhielte. (D)

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Unglaublich!)

Das wäre ein ökonomischer Purzelbaum, der geradezu albern wäre und auch der Diskussion in der von Ihnen zitierten Fachöffentlichkeit, die ja manchmal Gott sei Dank gegenüber der eigentlichen Öffentlichkeit weitgehend der Geheimhaltung unterliegt, widersprechen würde.

Nichtsdestotrotz mehren sich inzwischen die Stimmen, die, ähnlich wie seinerzeit bei der Diskussion über das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz in Deutschland, mehr Ziele in den Fokus gerückt haben wollen als nur das Stabilitätsziel im engeren Sinne.

Ich glaube, dass eine rein mechanistische Sicht wirtschaftliche Dynamik erstickt. Wenn wir sozusagen mit der Peitsche durchsetzen würden, dass sich auf lange Sicht alle Staaten der Eurozone strikt und unabhängig von der wirtschaftlichen Situation an die Schuldenkriterien halten, dann würden wir eine zunehmende Angleichung sämtlicher ökonomischer Prozesse auf immer niedrigerem Niveau erreichen. Es wäre eine Rutschpartie. Wir könnten regionale Sonderentwicklungen und besondere Entwicklungen in den einzelnen Branchen nicht mehr berücksichtigen. Außerdem könnten wir auf die Notlage von staatlichen Haushalten nicht mehr reagieren. Es gäbe, wie gesagt, eine Angleichung auf niedrigerem Niveau, weil das Wachstum beschnitten würde. Das wäre ein Programm des Niedergangs.

**Reinhard Schultz (Everswinkel)**

- (A) Wirtschaft ist ein atmendes System. Das Korsett darf deshalb nicht zu eng angelegt werden. Die Atmung würde immer flacher werden. Das Leben wird dadurch nicht leichter. Das wissen alle diejenigen – ich selber hatte noch nicht das Vergnügen –, die ein Korsett tragen.

Ich glaube, wir müssen insgesamt etwas kreativer bei der Erreichung politischer und wirtschaftlicher Ziele vorgehen. Wir müssen die Wirtschaft atmen lassen und dürfen wirtschaftspolitische Prozesse nicht durch eine verengte mechanistische Vorgehensweise unterdrücken.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Georg Nüßlein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schultz, um Ihre Worte zu gebrauchen: Der Fokus ist immer auf Stabilität gerichtet. Denn Stabilität ist ex definitione kein kurzfristiges Moment. Vertrauen ist die Wertbasis jeder Währung. Die D-Mark besaß dieses in Zeiten des wirtschaftlichen Aufstiegs Deutschlands gewachsene Vertrauen. Hätten wir die D-Mark noch immer, ginge die expansive Ausgabenpolitik und die verfehlte Wirtschaftspolitik dieser Regierung sicher zulasten der Stabilität der D-Mark.

- (B) Ich bin davon überzeugt, dass der Euro für **Stabilität** sorgt. Heute, in Zeiten des Euro, ist es nun einmal so, dass die Stabilitätsländer für die Haushaltspolitik der Bundesregierung büßen. Stabilitätsländer wie Österreich oder Spanien werden sich das – davon bin ich überzeugt – nicht dauerhaft gefallen lassen; sie werden sich dagegen wehren.

Ich muss deutlich sagen: Die Hoffnung, dass sie das tun, klingt ein wenig wie Hohn. Denn gerade Deutschland hat sich für den Stabilitätspakt stark gemacht. Die Deutschen haben mit der D-Mark etwas aufgegeben, was für Wirtschaftswunder, Stabilität und eben Vertrauen stand. Die Politik damals – inklusive der Ministerpräsidenten Eichel und Schröder – hat den Menschen dafür einen Stabilitätspakt versprochen.

Entsprechend hat sich die CDU/CSU vehement dafür eingesetzt, dass Preisstabilität in den Zielkatalog der europäischen Verfassung aufgenommen wird. Das ist ganz wichtig. Das alles kann aber nicht das Zuckerl, das Trostpflaster oder die kurzfristig wirkende Beruhigungspille für die Menschen sein. Wenn wir mit dem Stabilitätspakt so umgehen würden, wie Sie das gerne hätten, dann würden wir nicht nur den Euro, sondern auch die deutsche Politik weiter in die Vertrauenskrise manövrieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage Ihnen ganz offen: Der Euro ist eine junge Währung. Das Vertrauen in diese Währung muss wach-

sen. Der Euro kämpft an dieser Stelle noch immer. Laut EU-Kommission sind 67 Prozent der Deutschen unglücklich über die Euroeinführung. (C)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schultz?

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Ja, gerne.

**Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD):**

Lieber Herr Kollege Nüßlein, wir beide lieben Spanien, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Stimmen Sie mir zu, dass es im Wesentlichen der Stabilisierung des spanischen Staatshaushaltes durch europäische Transfers zu verdanken ist, dass Spanien Mitglied der Eurozone sein kann? Wenn man diese Transfers komplett streichen würde, dann wäre bei gleichen Investitionen die Schuldensituation in Spanien deutlich schlechter als bei uns.

Das Problem mit dieser Art von Finanzausgleich ist: Die reicheren Länder geben den ärmeren etwas ab. Wir beschneiden dadurch unsere Handlungsfähigkeit, auch in Bezug auf die Konsolidierung unseres Haushaltes, zugunsten der Staatshaushalte anderer Länder. Dafür ist Spanien das beste Beispiel.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU):**

Herr Kollege Schultz, Sie werden doch nicht bestreiten wollen, dass die Finanzpolitik Spaniens durchaus in die richtige Richtung geht. (D)

(Stephan Hilsberg [SPD]: Das war nicht die Frage!)

– Schauen Sie sich doch einmal die Entwicklung an! – Sie werden doch nicht den europäischen Ausgleich und die gesamte Politik der Europäischen Union infrage stellen wollen.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Das nehme ich zur Kenntnis!)

Es ist doch richtig und wichtig, dass wir die Infrastruktur in den ärmeren Ländern der EU aufbauen und dort tätig werden. Sie sollten sich nicht auf Spanien fokussieren. Schauen Sie sich doch einmal die Entwicklung in Österreich oder in den anderen Ländern an! Tun Sie das!

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Ich muss ja andächtig stehen bleiben, da Sie mir antworten!)

Beides, eine Unterstützung der ärmeren Länder und die Einhaltung des Stabilitätspaktes, muss möglich sein; das werde ich im Laufe meiner Rede begründen.

Meine Damen und Herren, der Euro ist, wie gesagt, eine junge Währung. 67 Prozent der Deutschen sind laut EU-Kommission unglücklich über die Euroeinführung. Das liegt daran, dass die gefühlte **Inflation** höher ist als die gemessene. Die gemessene beträgt 1,1 Prozent. Laut

**Dr. Georg Nüßlein**

- (A) „Capital“-Umfrage sind 32 Prozent der Menschen der Meinung, dass die Preise in Deutschland um 5 Prozent steigen. 25 Prozent meinen, die Preise würden um 10 Prozent steigen.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Aber wer orientiert sich daran?)

Das kommt auch daher,

(Joachim Poß [SPD]: Das kommt auch daher, dass Sie so viel Quatsch reden!)

dass bei uns beim täglichen Bedarf ein Preisanstieg deutlich spürbar ist. Das kommt natürlich von diversen Steuererhöhungen, insbesondere von der Ökosteuer und den indirekten Steuern, für die Sie verantwortlich sind.

Ich kann mir eine Bemerkung zur Ökosteuer nicht verkneifen. Ich bin nur ein einfacher Betriebswirt, aber mir ist klar: Ölpreise, die aufgrund der Marktentwicklung steigen, sind konjunkturschädlich. Aber ich frage mich, warum dann Energiepreise, die aufgrund der Ökosteuer steigen, nicht konjunkturschädlich sein sollen. Vielleicht denken Sie einmal darüber nach!

Nun haben heute diverse Kollegen unbekümmert die Anmerkung gemacht: Was wollt ihr eigentlich, der Euro ist stabil; die Zinsen und auch die Inflation sind niedrig. Oberflächlich betrachtet könnte man dem sogar zustimmen. Selbst die Ecofin-Entscheidung, das Defizitverfahren ruhen zu lassen, blieb ohne nennenswerte Reaktion der Finanzmärkte. Nun stellt sich die Frage, woher das kommt. Ich bin der Überzeugung: Das kommt daher, dass andere Länder für Stabilität stehen und dass die Auswirkungen von anderen Aspekten überlagert werden, zum Beispiel dadurch, dass wir weltweit eine hohe Liquiditätsausstattung des Marktes haben.

- (B) Aber auf dieses Glück können wir uns nicht dauerhaft verlassen. Als ehemaliger Banker darf ich Ihnen sagen, dass Finanzmärkte gelegentlich mit Verzögerung und häufig unberechenbar reagieren. Ich will an dieser Stelle nicht den Teufel an die Wand malen, aber denken wir doch einmal darüber nach, was ein Zinsanstieg konjunkturell, aber auch für die Schuldenlast dieses Staates bedeuten würde.

Doch zurück zum **Stabilitätspakt**. Griechenland hat ihn seit 2000 verletzt und Zahlen verschleiert; auch darüber haben wir heute schon gesprochen. Das ist nicht vertrauensfördernd. Die EU-Kommission muss die Verlässlichkeit der Zahlen sichern. Die Bundesregierung hat keine Chance, mit dem Finger auf die Griechen zu zeigen: Vor der Bundestagswahl hat Herr Eichel die Haushaltszahlen vorsätzlich vergessen und jeden Verstoß gegen das Defizitkriterium bestritten. Der deutsche Haushalt strotzt vor Luftbuchungen. Wir erwarten im Jahre 2004 eine Rekordverschuldung, wobei Finanzminister Eichel schon heute den ersten Korrekturbedarf ankündigt.

Wir müssen die Politik und nicht den Stabilitätspakt ändern. Der Stabilitätspakt ist meiner festen Überzeugung nach ausreichend flexibel. 3 Prozent, bezogen auf das Verhältnis des gesamtstaatlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt, sind genug Spielraum, um in schwierigen Konjunkturphasen automatisch Stabilisatoren wirken zu lassen, das heißt, geringere Steuereinnahmen

nicht durch zusätzliche Einsparungen ausgleichen zu müssen. (C)

Man hat bei Ihnen ein bisschen den Eindruck, als sei das 3-Prozent-Defizitkriterium ein Ziel. Nein, es geht hier um eine Grenze. Ich bin der Überzeugung, dass es die Option, mit staatlichen Schulden über die 3-Prozent-Grenze hinaus die Konjunktur anzukurbeln, nicht mehr gibt. Wir können uns das im Interesse der jungen Generation im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik nicht leisten. Eine relativ starke ältere Generation kann nicht die Probleme und Schuldentilgungslast auf eine kleiner werdende junge Generation verlagern. Wir brauchen mittelfristig Überschüsse statt Defizite, um der demographischen Entwicklung in Deutschland Rechnung zu tragen. Ich weiß, das geht nicht von heute auf morgen. Aber nach sechs Jahren an der Regierung kann man nicht so tun, als habe man gerade erst angefangen zu regieren.

Die widersprüchlichen Reformschritte – erst alles zurücknehmen und dann durch die Hintertür wieder einführen – kosten Zeit und Vertrauen. Deshalb: Ändern Sie Ihre Politik, nicht den Stabilitätspakt! Schaffen Sie Vertrauen!

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer:**

Ich schließe damit die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/3719, 15/3721 und 15/3957 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (D)